



STUTT GART FÜR ALLE

WOHIN ENTWICKELT SICH UNSERE STADT?

eine Veranstaltung von
ArchitektInnen für K21
Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21
SÖS | LINKE | PluS

DOKUMENTATION DES STÄDTEBAUSYMPIOSIUMS
AM 30. + 31. JANUAR 2015 IM RATHAUS STUTT GART

STUTTGART FÜR ALLE

WOHIN ENTWICKELT SICH UNSERE STADT?

Städtebausymposium am
30. + 31. Januar im Rathaus Stuttgart

eine Veranstaltung von

ArchitektInnen für K21
Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21
SÖS | LINKE | PluS

HerausgeberInnen
ArchitektInnen für K21
webmaster@architektinnen-fuer-k21.de
Mai 2015

STUTTGART FÜR ALLE WOHIN ENTWICKELT SICH UNSERE STADT?

STÄDTEBAUSYMPOSIUM AM 30. + 31. JANUAR 2015 IM RATHAUS STUTTGART

Großer Ratssaal 3. Obergeschoss

eine Veranstaltung von **ArchitektInnen für K21**
+ **Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21**
+ **SÖS | LINKE | PluS**

Stuttgart ist eine einzigartige Großstadt, umgeben von Wald und Weinbergen, durchgrünt und multikulturell, wirtschaftlich stark, mit vielfältigen Kulturangeboten - aber zur Zeit übersät mit Baustellen von häufig rein an Rendite orientierten, gesichtslosen Gebäudekomplexen. Die gebaute Geschichte dieser Stadt verschwindet immer mehr, wie sich dies besonders am Projekt Stuttgart 21 zuspitzt. In den Stoßzeiten quält sich der Autoverkehr durch die Straßen, die Luft wird schwer durch Abgase und Feinstaub, das Angebot des öffentlichen Verkehrs ist unzureichend.

Die besonderen Qualitäten der Stadt sind akut bedroht. Es wird höchste Zeit für eine öffentliche, breite Diskussion, wohin sich unsere Stadt entwickeln soll. Die Tagung soll den Blick weiten und einen „Baustein“ zur öffentlichen Diskussion beitragen.

Stuttgart lebt von der Vielfalt seiner BürgerInnen - sowohl der “Ur-Stuttgarter” als auch der Hinzugezogenen aus den verschiedenen Teilen dieser Erde. Podium und Workshops sind als Orte für einen konstruktiven, sicher auch kontroversen Gedankenaustausch gedacht.

Diese Tagung rückt ins Blickfeld, wie die BürgerInnen an der Entwicklung ihrer Stadt zu beteiligen sind und was aus welchen ihrer Projekte zu lernen ist. Das betrifft beispielsweise Fragen der Mobilität, der Entwicklung von Stadtvierteln und Mieten oder der Preisgabe öffentlicher Flächen für den Kommerz.

STUTTGART FÜR ALLE WOHIN ENTWICKELT SICH UNSERE STADT?

Die VeranstalterInnen sind einer breiteren Öffentlichkeit durch ihr langjähriges Engagement für Erhalt und Revitalisierung des Kopfbahnhofs und ihre Vorschläge für einen behutsamen, an den Interessen der Bürgerinnen ausgerichteten Städtebau im Umfeld bekannt geworden.

Tagungsablauf Freitag, 30. Januar 2015

- 18:00 Uhr **Ausstellungseröffnung Fokus S**
Architekturfotografen sehen ihre Stadt
mit Unterstützung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Einführung Dipl.-Ing. **Christian Holl** frei o4 publizistik, Stuttgart
- 19:00 Uhr **Eröffnung + Begrüßung**
ArchitektInnen für K21 / Aktionsbündnis gegen S21
Podiumsdiskussion mit Dipl.-Ing. **Ansgar Lamott** Freier
Architekt, Bund Deutscher Architekten, Stuttgart,
Dipl.-Ing. **Odile Laufner** Freie Architektin, ArchitektInnen
für K21, Stuttgart, **Andrea Léonetti** SchauspielerIn, Theater
Lokstoff!, Stuttgart, Dipl.-Ing. **Cord Soehlke** Baubürgermeister
Tübingen, Dipl.-Ing. **Uwe Stuckenbrock** Stadtplanungsamt
Stuttgart a.D., **N.N.** VertreterIn der MigrantInnen, angefragt
Moderation **Dr. Susanne Lüdtke, Esslingen**
- 21:00 Uhr **Ausklang im Foyer**

Tagungsablauf Samstag, 31. Januar 2015

- 10:00 Uhr **Impulsreferat**
Dr. Dieter Bartzko Architekturkritiker, Journalist FAZ
- 11:00 Uhr **Workshops + Vorstellung der ReferentInnen**
- Workshop A Stadtentwicklung + Bürgerbeteiligung**
mit **Ute Kinn** Lic.rer.reg. Regionalplanerin, Wirtschafts-
mediatorin, GRIpS Ettlingen, **Dr. Annette Ohme-Reinicke**
Universität Stuttgart, Dipl.-Ing. **Hannes Rockenbach**
Mitglied d. Gemeinderats Stuttgart,
- Workshop B BürgerInnenprojekte**
mit **Christian Dosch** Kulturschaffender, Occupy Villa Berg
Stuttgart, **Harald Stinglele** und **Elke Banabek** Initiative
Lern- und Gedenkort Hotel Silber, Stuttgart, **Sylvia Winkler I**
Stephan Köperl Künstlerpaar, Wagenhalle Stuttgart
- Workshop C BürgerInnen gestalten ihre Stadt**
mit **Peter Conradi** Reg.Baumeister, MdB 1972-1998, Dipl.-Ing.
Dimo Haith Freier Architekt, Pro-Wohngenossenschaft eG,
Stuttgart, **Wilfried Münch** Regionalleiter GLS-Bank, Stuttgart



Workshop D Urbanität und Mobilität
mit **Christoph Link** Freier Verkehrsplaner, Vorsitzender VCD
Kreisverband Stuttgart e.V., **Jan Lutz** Büro für Gestalten/de,
Fahrradprojekt Carl vs. Karl, Stuttgart, **Prof. Roland Ostertag**
Freier Architekt, Stuttgart, angefragt

Workshop E Wohnungsknappheit + steigende Mieten
mit **Prof. Dr. Ruth Becker** Volkswirtin, Berlin, **N.N.**
Gruppe Nordlichter, Stuttgart, angefragt, **Thomas Wolf**
Geschäftsführer des Bau- und Wohnungs-Vereins, Stuttgart

Workshop F Privatisierung des Öffentlichen Raums
mit Dipl.-Ing. **Moritz Bellers** Landschaftsarchitekt, Stadt-
acker Wagenhallen, Stuttgart, **Prof. Dr. Yvonne P. Doderer**
Stuttgart, **Veronika Kienzle** Bezirksvorsteherin Stuttgart-
Mitte

Workshop G Dokumentarfilmkabinett
Stuttgart - Impressionen seit den 30er Jahren
Filme aus dem **Haus des Dokumentarfilms** mit **Dr. Dietrich**
Heißenbüttel Esslingen, **Dr. Thomas Schloz** Stuttgart

13:30 Uhr **Mittagspause**

14:30 Uhr **Ergebnisse aus den Workshops**
Zusammenfassung im Plenum

15:30 Uhr **Kaffeepause**

16:30 Uhr **Kulturevent | Abschlussveranstaltung**
Marktplatz | Schillerplatz | Schlossplatz
mit **Joe Bauer** Autor, Musik: **Capella Rebella,**
Die Elf, Akademische Betriebskapelle

Inhalt

Podiumsdiskussion	6
Workshop A: Stadtentwicklung + Bürgerbeteiligung	8
Workshop B: BürgerInnenprojekte	12
Workshop C: BürgerInnen gestalten ihre Stadt	20
Workshop D: Urbanität und Mobilität	22
Workshop E: Wohnungsknappheit + steigende Mieten	24
Workshop F: Privatisierung des Öffentlichen Raums	26
Workshop G: Dokumentarfilmkabinett Stuttgart – Impressionen seit den 30er Jahren	29
open air Veranstaltung am Schillerplatz	34
Tagungsrückblick und Ausblick	38
ReferentInnen	40
Mitwirkende + Beteiligte	44

Stuttgart für alle –
wohin entwickelt sich unsere Stadt?

Stuttgart, eine einzigartige Großstadt, umgeben von Wald und Weinbergen, durchgrünt und multikulturell geprägt, wirtschaftlich stark, mit vielfältigen Kulturangeboten – aber zur Zeit übersät mit Baustellen von häufig rein an Rendite orientierten banalen Gebäudekomplexen. Die gebaute Geschichte dieser Stadt verschwindet immer mehr. In den Stoßzeiten quält sich der Autoverkehr durch die Straßen, die Luft wird schwer durch Abgase und Feinstaub, die Angebote des öffentlichen Verkehrs sind unzureichend.

Die besonderen Qualitäten der Stadt sind akut bedroht. Es wurde Zeit für eine öffentliche, breite Diskussion, wohin sich unsere Stadt entwickeln soll. Das Städtebausymposium sollte den Blick weiten und als ein wahrnehmbarer „Baustein“ zur öffentlichen Diskussion beitragen.

Stuttgart lebt von der Vielfalt seiner BürgerInnen – sowohl der “Ur-Stuttgarter” als auch der Hinzugezogenen aus den verschiedensten Teilen dieser Erde. Den VeranstalterInnen war es wichtig, einen Diskurs zu führen mit VertreterInnen ganz verschiedener Fachrichtungen und dabei die interessierte Öffentlichkeit aktiv in einen konstruktiven, lebendigen und auch kontroversen Gedankenaustausch miteinzubeziehen.

Dabei sollte besonders ins Blickfeld rücken, wie BürgerInnen an der Entwicklung ihrer Stadt mitwirken bzw. zu beteiligen sind und was aus ihren Projekten zu lernen ist. Das betrifft beispielsweise Fragen der Mobilität, der Entwicklung von Stadtvierteln, der angemessenen Versorgung mit Wohnraum, der Höhe der Mieten, des Abrisses von geschichtsträchtigen

Gebäuden oder der Preisgabe öffentlicher Flächen für den Kommerz.

Den Auftakt der Tagung machte ein interdisziplinär besetztes Podium. Neben frei schaffenden ArchitektInnen und Stadtplanern aus der Verwaltungspraxis nahmen unter der Moderation von Dr. Susanne Lüdtke, auch Kunstschaffende und PolitikerInnen lebhaft und kontrovers Stellung zu aktuellen stadtentwicklungsrelevanten Themen.

Sieben ebenfalls interdisziplinär besetzte Workshops bildeten dann am zweiten Tag den Schwerpunkt der Tagung.

Anstelle des eingeplanten Impulsreferates von Dr. Dieter Bartetzko, der krankheitsbedingt leider absagen musste, kommentierte Dr. Dietrich Heißenbüttel Filmmaterial über „Stuttgart seit den 30er Jahren“. Dieser kritische Blick in die Historie der Stuttgarter Stadtentwicklung öffnete in eindrücklicher Weise die Augen und Ohren für die speziellen Fragestellungen in den sich anschließenden Workshops.

Die Inhalte der Workshops wurden im Vorfeld von den ArchitektInnen auf sieben Großlaternen thematisiert, die zum Abschluss der Tagung die Teilnehmenden in einem Laternenumzug mit Musikgruppen zum Schillerplatz geleiteten. Hier wurden alle mit einer fulminanten Schiller-Rede von Joe Bauer überrascht, um dann beim anschließenden Zug rund um den Schlossplatz auch die Passanten der Königstraße mit den hinterleuchteten Themen zu „Stuttgart für alle“ zu konfrontieren.

Podiumsdiskussion am Freitag, 30. Januar 2015



Ansgar Lamott, Muhterem Aras, Susanne Lüdtke, Odile Laufner, Cord Soehlke, Andrea Leonetti, Uwe Stuckenbrock

Das Podium war besetzt mit Vertreterinnen und Vertretern, die für viele verschiedene Blickwinkel auf das Thema „Stuttgart für alle – wohin entwickelt sich unsere Stadt“ standen.

An dieser Stelle können naturgemäß nur einzelne Aspekte der spannenden Diskussion wiedergegeben werden.

Dr. Susanne Lüdtke, vielen noch vertraut als langjährige engagierte Frauenbeauftragte der Stadt Stuttgart, führte als professionelle ehemalige Moderatorin des SWR gut informiert durch den Abend.

Ansgar Lamott war eingeladen als Vertreter des Bundes Deutscher Architekten (BDA), der sich zum besonderen Ziel gesetzt hat, sich für hohe Architektur-Qualität einzusetzen. Er berichtete über seine Erfahrungen aus dem Gestaltungsbeirat in Trier und welche „Bausteine“ dazu beitragen, städtebauliche Qualität zu erzeugen. Das Instrument des Gestaltungsbeirates mit unabhängigen auswärtigen Fachkolleginnen und -kollegen, die keine Eigeninteressen haben dürfen, in Stuttgart zu bauen, würde sicherlich in Stuttgart zu einer Qualitätsverbesserung beitragen können.

Muhterem Aras vertrat die Gruppe der Migrantinnen und Migranten, eines nicht unerheblichen Teils der Bevölkerung in Stuttgart. Sie verdeutlichte, wie wichtig öffentliche Räume und Parkanlagen sind, um sich zu vielen zu treffen, da die Wohnungen für familiäre Feste oder im Freundeskreis zu klein sind. Dies wird besonders deutlich an Sommertagen im Schlossgarten. Zur selbstverständlichen Integration auf Augenhöhe fehle ein sakraler Ort und Möglichkeiten der Bestattung für Menschen islamischen Glaubens mit ihren Ritualen. Sie selber sieht sich, erste Landtagsabgeordnete mit türkischen Wurzeln, als Beispiel für Integration. Bedauerlich sei für sie, dass die Integrationsstelle der Stadt Stuttgart bisher keine offizielle Haltung zum Thema Stadtentwicklung habe und deshalb die angefragte Teilnahme an der Podiumsdiskussion absagen musste.

Uwe Stuckenbrock, der als ehemaliger Referent im Stadtplanungsamt für die Planung im Europaviertel mitverantwortlich ist, hatte sich dankenswerterweise dem kritischen Publikum im Rathaus gestellt.

Wie nicht anders zu erwarten, musste er sich anhören, die massive Bebauung und städtebauliche Körnung im Europaviertel sei ein städtebaulicher Fehler. Zur Überraschung seines Publikums teilte Stuckenbrock diese Kritik, empfahl aber, diese Fehlleistungen aus heutiger Sicht aus der seinerzeitigen Situation heraus zu verstehen. Sie sei dem damaligen Zeitgeist geschuldet; die Rolle der Investoren und die zustimmende Haltung des Gemeinderates habe von der Planung berücksichtigt werden müssen.

Hier intervenierte **Odile Laufner** als Vertreterin der ArchitektInnen für K21. Die Dokumentation von 1996 der „offenen Bürgerbeteiligung“ ist ein Beweis, dass die meisten Wünsche, Forderungen und Ziele, die von den ca. 400 Beteiligten formuliert wurden, immer noch ihre Gültigkeit haben. Wären diese berücksichtigt worden, sähe das Europaviertel heute anders aus. Es sind wirtschaftliche Interessen Einzelner und einzelner Gruppen, die trotz der vielen Widerstände in der Bevölkerung zu dem heutigen Ergebnis geführt haben. Auch wenn altershalber die ausschließlich männlichen Entscheider und Mitwirkenden von damals nicht mehr im Amt seien, sollten sie die Verantwortung dafür übernehmen. Odile Laufner

verdeutlichte die Notwendigkeit demokratischer Legitimation durch Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe mit klaren Rahmenbedingungen und verbindlich ausgehandelten Entscheidungsspielräumen. Die Bevölkerung hat ein legitimes Interesse an der Mitgestaltung ihrer Stadt. Die positive Seite der offenen Bürgerbeteiligung war für sie die Erfahrung der Ernsthaftigkeit, sich mit städtebaulichen Themen auseinanderzusetzen.

Cord Soehlke berichtete über seine Praxis als Baubürgermeister in Tübingen und die Möglichkeiten, die eine Kommune hat. Wie wenigen Städten gelinge es Tübingen immer wieder, innovative, in der Fachwelt viel beachtete Ansätze in der Stadt- und Verkehrsentwicklung (Französisches Viertel, Südstadt, Mühlenviertel,...) umzusetzen. Die Stadt habe eine eigene Gesellschaft gegründet, die Flächen für die Stadt erwirbt und mit Hilfe von städtebaulichen Wettbewerben Konzepte entwickelt. Dabei gebe die Stadt vor, welche Grundstücke von Baugemeinschaften und welcher Anteil an Investoren veräußert werden sollen. Die Parzellengrößen würden bewusst beschränkt, um eine Vielfalt zu ermöglichen – das Kontrastprogramm zum Gebiet im Stuttgarter Europa-Viertel. Auch wenn es in Tübingen eine gute Tradition des offenen Dialogs zwischen Bevölkerung und Verwaltung gebe, habe der Gemeinderat die Entscheidungshoheit. Als Außenstehender, so Cord Soehlke, könne er sich nur wundern, dass das offensichtlich auch in Stuttgart bestehende kreative Potenzial in der Bevölkerung vom hiesigen Gemeinderat nicht aufgegriffen und unterstützt wird.

Andrea Leonetti ist SchauspielerIn und gründete 2003 in Stuttgart das im öffentlichen Raum agierende Theater ‚Lokstoff‘. Die Truppe versteht sich als offenes und engagiertes Kollektiv. Die Themen kreisen um die Probleme und Herausforderungen einer urbanen Gesellschaft, die der Gefahr ausgesetzt ist, dass sich die Menschen zunehmend voneinander, ihrer Arbeit und dem öffentlichen Raum entfremden. ‚Lokstoff‘ spielt nicht nur im und für, sondern auch über den öffentlichen Raum. Dieser wird in seiner politischen, kulturellen und urbanen Dimension thematisiert, um die Zuschauenden für Fragestellungen zu sensibilisieren und zum Nachdenken einzuladen. Das Spiel im öffentlichen Raum dramatisiert also nicht nur Orte der Öffentlichkeit, sondern schärft das

Bewusstsein über die Stellenwertigkeit und die Bedeutung von Öffentlichkeit und öffentlichem Raum für ein funktionierendes Gemeinwesen. Als solches betrachtet sich ‚Lokstoff‘ als gesellschaftlich engagiertes Theater, das sich für die Bewahrung und Stärkung des öffentlichen Raums einsetzt. Für diesen und für die Entwicklung der gesamten Stadt wünscht sich Andrea Leonetti Visionen, die Stuttgart individuell und unverwechselbar gestalten.

Die sehr unterschiedlichen Beiträge zum Thema führten beim anschließenden informellen Austausch im Foyer zu angeregten Gesprächen und machten deutlich, wie wichtig das Thema für die Menschen ist. Sie waren Auftakt für die am nächsten Tag stattfindenden Diskussionen in den einzelnen Workshops.



Workshop A: Stadtentwicklung + Bürgerbeteiligung

Mit Annette Ohme-Reinicke, Ute Kinn
Moderation: Hannes Rockenbauch



Annette Ohme-Reinicke

Zusammenfassung

Das Thema unseres Workshops – Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung – ist ein durch und durch politisches. Und wenn wir heute von Beteiligung sprechen, dann haben wir nichts Neues erfunden, sondern können uns auf eine uralte Idee beziehen, die nicht nur zum grundlegenden Selbstverständnis moderner Gesellschaften gehört, sondern auch zu unserem Rechtsverständnis. Warum? Die Stadt im alten Athen wurde als eine sich selbst regierende Bürgergemeinde verstanden. Das Ideal war, dass die Bürgerschaft der griechischen Polis und später der römischen Republik eine Gemeinschaft freier Bürger sei. Freiheit ist hier verstanden als die Möglichkeit der gemeinsamen und gleichberechtigten Gestaltung der allgemeinen Belange und genau das meint: Beteiligung. Und Beteiligung ist politisch. Das Politische und die Politik gehen also von den Bürgern aus, von ihrem Tun und nicht von staatlichen Strukturen. (Koselleck)

Beteiligung ist kein Privileg, sondern ein Recht.

Selbst im Mittelalter finden wir zahlreiche Städte, die sich genau auf dieses Prinzip berufen. Etwa die „Kommune von Rom“, 1143 (Agnoli S. 128) oder die Stadt Siena in der Toskana im Jahr 1280. Und schon vor der Französischen Revolution gewannen solche Verfassungsentwürfe an Bedeutung, die „Teilhabe an der politischen Macht und allgemeine Selbstbestimmung“ für alle Menschen als Bürger geltend machten. (Koselleck S. 409)

Die Preußische Städteordnung von 1808 war ein Versuch, in Deutschland einer Entwicklung wie der Französischen Revolution zuvorzukommen und den Bürgern mehr kommunale Rechte einzuräumen, bevor sie womöglich gewaltsam durchgesetzt werden könnten.

Auch die Menschenrechte beinhalten gleiche Beteiligungsrechte: „... dass jeder Bürger und jede Bürgerin das Recht hat, an den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen sich aktiv beteiligen zu können. Das sind also im Grunde gleiche Grundrechte, wirtschaftlich sozialer Art, bürgerliche Freiheit und auch politischer Beteiligung.“ (Friedhelm Hengstbach)

Was das Städtebaurecht angeht, so ist Bürgerbeteiligung seit den 1970er Jahren gesetzlich verankert. In einer Gesetzesvorlage hieß es 1970: „Die Bürger müssen die Gewissheit haben, dass sich die bauliche Gemeindeentwicklung nicht über sie hinweg gleichsam von Amts wegen vollzieht.“ (Selle S. 325) Und 1971 wurde das Städtebauförderungsgesetz dahingehend geändert, dass der Planungsprozess von Beginn an für Bürgerinnen und Bürger geöffnet wurde. Der Impuls für diese Veränderungen, die gesetzliche Festschreibung der Bürgerbeteiligung, kam übrigens aus den sozialen Bewegungen der 60er Jahre, die mehr Demokratie gefordert und dies etwa durch Hausbesetzungen kund getan hatten. (Selle bezeichnet die 70er Jahre als „erste Hochzeit der Partizipation“ (S. 125), hier bezogen auf die Zeit nach 1945.)

Sinn dieses kleinen Ausflugs in die Geschichte war es, deutlich zu machen: Bürgerbeteiligung ist kein Privileg, sondern ein Recht.

Der Bürger – Objekt oder Subjekt, Handelnder oder zu Verwaltender?

Aber die Perspektive, dass Politik von den Bürgern ausgeht, ist umkämpft, die Frage der Beteiligung umstritten. Während die liberale Tradition gleiche Beteiligungsrechte bestreitet, sind sie in der US-amerikanischen Verfassung von 1776 und der französischen von 1789 verankert.

So gilt manchen etablierten Politikern Beteiligung heute nicht als Selbstverständlichkeit, sondern als Bedrohung. Innerhalb der etablierten Politiker hat sich eine Sicht auf die Bürger herausgebildet, die die Bürger als Objekte ansieht, die regiert werden müssen. („Dem deutschen Volke“ – gegeben von wem?) So stellt etwa eine Studie der Universität Koblenz-Landau (2011) fest, dass sich vier Tendenzen beim Bürgerbild in Politiker-Reden erkennen lassen. Demnach wird der Bürger dargestellt (1) als schwer fassbares Subjekt, (2) als widerspenstiges Kind, das belehrt und über seine eigenen Interessen aufgeklärt werden muss, (3) als Empfänger staatlicher Gaben und Beitragszahler für das Gemeinwohl, (4) als Mensch, der Freiheit fürchtet aber Freiheit braucht, um sich und die Gemeinschaft zu entwickeln. Diese Sicht auf den Bürger als Objekt einer Regierung greift die Forderung nach Beteiligung an. Man könnte sagen, dass sich hier zwei politische Kulturen gegenüberstehen.

Der „Stuttgart 21-Effekt“

Ein Beispiel ist „Stuttgart 21“. Hier zeigt sich auch: Beteiligung ist heute nicht nur deshalb in aller Munde, weil sie nicht wirklich stattfindet, sondern vor allem, weil genau dieses deutlich wurde. Einen großen Anteil daran, dass dies deutlich wurde, dass wir uns etwa heute hier versammeln und darüber sprechen, was eine gute, lebenswerte Stadt ausmacht, hat auch die Protestbewegung gegen „Stuttgart 21“.

Der Stadtplaner Klaus Selle spricht von einem „Nach-Stuttgart-Effekt“. Die Stuttgarter Ereignisse wirken in die Planungspraxis vieler Städte hinein. „Der Konflikt um den Stuttgarter Hauptbahnhof („S 21“), (löste) Erschütterungen in fast allen Kommunen Deutschlands aus ... und (führte) dort wie in der übergeordneten Politik zu tausend Schwüren ..., dass man fortan nur mehr ‚gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern‘ Stadtentwicklung betreiben wolle.“ (S. 228) Und: „Es vergeht kaum ein Termin, wo

nicht irgendwann ein Satz fällt wie: ‚So etwas wie in Stuttgart soll uns hier nicht passieren!‘“ (Selle 2013: S. 24) „In den Zeiten ‚nach Stuttgart‘ klang es dann in Deutschland so: ‚Das Wissen der Bürger als Experten des Alltags für ihr Lebensumfeld, ihre detaillierte Ortskenntnis, ihre Kreativität oder ihre individuellen Interessen bilden ein großes Potential für die zukunftsfähige Gestaltung und Entwicklung für Städte und Regionen.“ (Selle S. 229).



Was aber hat die Protestbewegung anderes getan, als sich zu beteiligen, indem sie ihr Recht auf Beteiligung einforderte? Wenn man sich aber einige Reaktionen in Erinnerung ruft, etwa: Die Industrie dürfe sich nicht „einem Teil der Öffentlichkeit beugen“, so der langjährige BDA-Präsident Dieter Hundt. Oder: Würde die Bürgerbewegung anerkannt, dann wäre „die parlamentarische Demokratie auf den Kopf“ gestellt, meinte die IHK (Stuttgarter Zeitung, 14.12.12). Wenn man sich solche Reaktionen in Erinnerung ruft, dann drängt sich die Frage auf, ob Bürger jetzt verstärkt beteiligt werden sollen, nachdem sie sich beteiligt haben, damit sie sich in einer ganz bestimmten Weise beteiligen. Etwa in dem Sinn wie Klaus Selle einen leitenden Ministerialbeamten zitiert: „Bürgerbeteiligung ist gut, solange sie nicht stört.“

Mitsprache oder Mitentscheidung?

Ähnlich äußert sich die CDU Rheinland-Pfalz. Sie stellte ein „Sechs-Punkte-Programm für direkte Bürgerbeteiligung“ vor, unter der Überschrift: „Vertrauen zurückgewinnen – Verfahren beschleunigen.“ Also nicht etwa „Projekte diskutieren“, sondern „Verfahren beschleunigen.“ Auch innerhalb der Industrie hat sich ja herumgesprochen, dass Projekte durch Beteiligungsverfahren oft schneller durchgesetzt werden können, einfach weil die zeitraubenden und verzögernden Klageverfahren wegfallen. Solche Aussagen schüren natürlich ein gewisses Misstrauen, dass nämlich Beteiligungsverfahren nur Alibi charakter haben könnten, dass hier zwar Mitsprache aber nicht Mitentscheidung stattfindet. Dieses Misstrauen dürfte seine Berechtigung haben oder in Zahlen ausgedrückt: 80 Prozent aller Beteiligungsverfahren sind schlecht, sie haben nur Alibifunktion. (Selle)

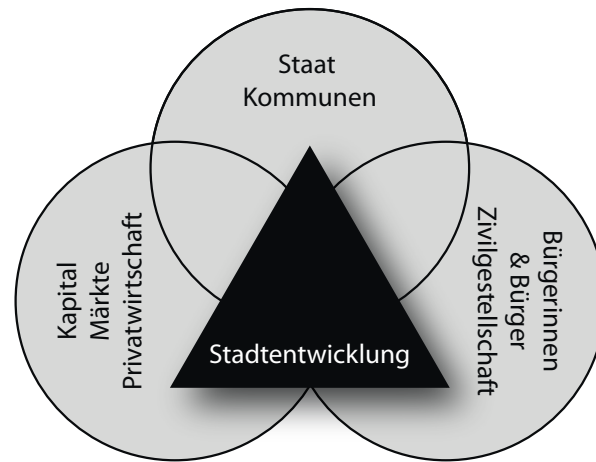
Stadtentwicklung findet nicht nur innerhalb der Stadtgrenzen statt.

An dieser Stelle möchte ich auf eine Grafik zur Stadtentwicklung (vgl. Selle S. 80) hinweisen:

Demnach beeinflussen drei Faktoren die Stadtentwicklung: 1. Staat und Kommunen, 2. Bürgerinnen & Bürger, Zivilgesellschaft und 3. Kapital, Märkte und Privatwirtschaft. Jetzt stelle ich die Frage: Wer ist an dieser Tagung hier beteiligt? Genau: Die erste und die zweite Gruppe. Wir müssen aber, wenn wir Stadtentwicklung und Beteiligung diskutieren und diese Veranstaltung nicht nur Alibifunktion haben oder zum Kulturalismus verkommen soll, die 3. Gruppe mitdenken.

Denn Stadtentwicklung findet nicht nur innerhalb der Grenzen einer Stadt statt.

Vielmehr schreitet „Die Reduzierung der Gestaltungsmöglichkeiten insbesondere auf kommunaler Ebene ... in einem Maße voran, dass schon von der kommunalen Selbstverwaltung als ‚Auslaufmodell‘ die Rede war.“ (Selle S. 320) Den Kommunen werden rechtlich immer mehr Möglichkeiten der Selbstverwaltung genommen, seit den 90er Jahren (Selle S. 325).



Stadtentwicklung resultiert aus dem Handeln der Akteure in drei »Sphären«

Ganz aktuelle Beispiele sind die Abkommen TTIP, CETA und TISA. Damit könnte in einschneidender Weise Einfluss genommen werden auf die Kommunalpolitik. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit werden Gesetze beschlossen, die eine Privatisierung der Wasser-, der Energieversorgung, des Straßennetzes, von Schulen etc. ermöglichen und selbst Arbeitsrechte aushebeln. Angestrebt ist eine totale Privatisierung des gesamten Bereichs der öffentlichen Daseinsvorsorge, die selbstverständlich auch das Kommunalpolitische betrifft. Verfassungswidrige private Schiedsgerichte sollen Entscheidungen fällen, nach denen sich die kommunale Politik zu richten hat. Die Giftkonzentration, die am Neckartor in der Luft ist, auch Feinstaub genannt, könnte etwa per Gesetz von internationalen Großkonzernen bestimmt werden. Kanada

zum Beispiel hatte einen giftigen Zusatzstoff aus Autobenzin verboten. Ein US-Konzern klagte zum „Schutz seiner Investitionen“ auf Schadensersatz, das Gesetz wurde zurückgenommen und jetzt ist der giftige Zusatzstoff im kanadischen Benzin wieder erlaubt. Das Feinstaub-Verfahren der EU gegen Stuttgart wäre durch sogenannte internationale Schiedsstellen – die durch nichts demokratisch legitimiert sind – einfach ausgehebelt.

Bürgerbeteiligung – das chinesische Modell?

Aber: Bürgerbeteiligung könnte trotz TTIP & Co. „gegeben“ oder „eingeräumt“ werden. So berichtet der international renommierte Geograph David Harvey von Überlegungen amerikanischer Think Tanks, wonach dort Modelle favorisiert werden, die den Bürgern ein gewisses Maß an Beteiligung zugestehen. Etwa bei der Frage nach der Begründung öffentlicher Flächen. Den Bürgern werden bestimmte Orte zugewiesen, wo sie „Beteiligung“ praktizieren dürfen, aber die politischen Rahmenbedingungen werden von einer Zentralregierung entschieden. Als Erfolg versprechendes politisches Modell dient – China. „Große Regierung, kleine Gesellschaft“ (Qiu: S. 406)

Aber so eine Form der Bürgerbeteiligung, die den vorgegebenen Rahmen nicht verlassen darf, ist eine Form postdemokratischer Aktivierung. Sie dient dazu, das Gefühl / den Eindruck der Partizipation zu erzeugen. Tatsächlich handelt es sich um die Simulation demokratischer Verfahren, die Simulation von Politik. Oder um eine Entpolitisierung durch Politik.

Workshop-Ergebnis

Vor dem Hintergrund auch der historischen Erfahrungen mit „Beteiligung“ sollten vor allem zwei Fragen mitdiskutiert werden:

- Durch welche rechtsverbindlichen Regularien wird Mitentscheidung der Bürger, statt bloßer Mitsprache, garantiert?
- Und: Wer setzt die Schwerpunkte der Diskussion? Wer also formuliert das Problem, um die gestritten wird? (etwa: Leistungsfähigkeit eines Bahnhofs oder Lebensqualität einer Stadt) Gerade die „Schlichtung“ hat gezeigt, dass durch Diskussionen um „Effizienzen“ und

„Leistungsfähigkeiten“ eine Entpolitisierung stattgefunden hat.

Dagegen ist eine Voraussetzung für gelingende Beteiligung im Sinne einer Bürgerschaftlichkeit, die das Gemeinwohl im Sinn hat – „Stuttgart für Alle!“ (Tagungsmotto) – eigene Kriterien dessen zu entwickeln, was ein gutes Leben in einer Stadt ausmacht und woran es sich bemisst. (Ansgar Lamott sprach von „qualitativen Regulativen“ der Bürger). Ich wünsche uns allen, dass wir einer Formulierung solcher gemeinwesenorientierter Kriterien während der Tagung ein Stück näher kommen.

Literatur

Agnoli, Johannes (2014): Die subversive Theorie. Stuttgart
Koselleck, Reinhard (2010): Begriffsgeschichten. Frankfurt/Main
Qiu, Xiuhui (2011): Grün- und Freiflächenrecht in China: Planungs- und baurechtliche Regelung. Berlin
Selle, Klaus (2013): Über Bürgerbeteiligung hinaus: Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe? Analysen und Konzepte. Detmold: Rohn

Workshop B: BürgerInnenprojekte

Mit Stephan Köperl, Harald Stingeles, Elke Banabek, Sylvia Winkler, Christian Dosch, Moderation: Angelika Asseburg



Christian Dosch

Geschichte trifft Zukunft – Occupy Villa Berg

Und Ihr wollt wirklich die Villa besetzen? Als die Initiative mit dem Namen „Geschichte trifft Zukunft – Occupy Villa Berg“ im Mai 2013 auf Facebook startete, war dies die – halb besorgte, halb begeisterte – Frage von Freunden, Bekannten und Kollegen. Eine Villabesetzung. Mit Schlafsäcken im Sendesaal. Ein Sommer-Zeltlager im Park. Bilder, die sich im Kopf mit der weltweiten Occupy-Bewegung verbinden. Geschichte trifft Zukunft – Occupy Villa Berg ist der Versuch, eine andere Bildergeschichte zu erzählen.

Die Initiative

Geschichte trifft Zukunft – Occupy Villa Berg versteht sich als offenes Netzwerk und bürgerschaftliche Plattform für die Villa Berg und ihren Park, sie ist eine ehrenamtliche Initiative engagierter StuttgarterInnen, die sich aus ganz unterschiedlichen Perspektiven mit Stadtraum und Partizipation beschäftigen.

Im Jahr 2013 hat die Initiative mit Planungspicknicks dazu eingeladen, den Ort gedanklich und emotional mit Ideen, Wünschen und Bildern zu besetzen. Die Ergebnisse wurden online dokumentiert und in einem Bericht der Stadt übergeben. 2014 gestaltete die Initiative das gemeinschaftliche Leben rund um Villa Berg und Park durch Führungen, Stammtische und Konzerte mit. Aktuelles Ziel ist, dass die im Bericht 2013 dokumentierten Ideen, Wünsche und Bilder sowie Meinungen der BürgerInnen in den weiteren Planungen unabhängig von den Eigentumsverhältnissen berücksichtigt werden.

Ansatz

Das Areal hat sich mit unterschiedlichen Bedeutungen aufgeladen und mehrere Bauschichten angelagert. Die Bestandteile sind vielfältig und reichen von der Villa über den Park, die Funk- und Fernsehstudios bis hin zum Belvedere und dem Landhaus. Neben den sichtbaren Gebäuden gibt es einiges, was unsichtbar ist oder geworden ist, so die verborgene Sichtachse in Richtung Rosenstein, die ursprüngliche Parkgliederung, die abgerissenen Flügel und Türmchen der Villa Berg, die unterirdischen Studios oder die fehlenden Skulpturen im Park.

Auch das Umfeld der Villa Berg ist vielschichtig: zwischen Stöckach, Berg und Raitelsberg, zwischen Kindervilla, Cotta-Schule und Parkheim, zwischen Aktivspielplatz und Mineralbad treffen Lebenswelten aufeinander. Der Ansatz von Occupy Villa Berg ist, die Zukunft der Villa Berg und ihres Parks sinnstiftend und nachhaltig aus den historischen und räumlichen Bezügen heraus zu entwickeln – dafür steht der Zusatz Geschichte trifft Zukunft. Die historische und soziale Identität des Ortes führt die Diskussion über Nutzungsszenarien heraus aus der Beliebigkeit, sie führt zu einem Fundament, auf dessen Grundlage Zukunft gebaut werden kann.

Lernprozess

Der Initiative Geschichte trifft Zukunft – Occupy Villa Berg ist es – mit den Mitteln und dem Zeitbudget eines bürgerschaftlich getragenen Projekts – gelungen, viele und vielfältige Ideen für die Zukunft der Villa Berg und ihres Park zu sammeln. Wir haben viele Menschen erreicht, auch wenn wir keinen umfassenden Bürgerbeteiligungsprozess durchführen konnten. Wir haben im Verlauf des Prozesses wertvolle Erfahrungen gesammelt, unsere Defizite kennengelernt und Lernprozesse durchgemacht. Diese beziehen sich sowohl auf die Initi-

ative selbst als Veranstalterin und Organisatorin als auch auf die Gestaltung des Beteiligungsprozesses. Die Erfahrungen möchten wir anlässlich der Einladung zu dem Städtebausymposium gerne als Hinweise für andere BürgerInnenprojekte weitergeben. Wir sehen folgende Entwicklungsfelder:

Interdisziplinarität

Stadtentwicklungsprojekte sollten interdisziplinär organisiert und gemeinsam von Politik, Verwaltung und bürgerschaftlichen Initiativen gesteuert werden, dazu muss auch eine ressortübergreifende Zusammenarbeit der Stadtverwaltung organisiert werden.

Unabhängige, ergebnisoffene Plattformen

Für Stadtentwicklungsprojekte sollten öffentliche und ergebnisoffene Plattformen geschaffen werden, die Projekte sollten unabhängig moderiert werden. Das Beteiligungsdesign darf keine „Hidden Agenda“ vorgeben.

Ziele und Verbindlichkeit

Die Ziele, Inhalte, Möglichkeiten, Bedingungen und der Zeitrahmen eines Beteiligungsprozesses sollten klar definiert und gegenüber potenziellen TeilnehmerInnen zu Beginn kommuniziert werden. Sichtbare gemeinsame Ziele wirken sowohl intern wie auch extern motivierend und sind die Voraussetzung, um einen zielgerichteten und transparenten Dialog führen zu können. Die Frage nach der Wirkung und Verbindlichkeit der Beteiligung sollte klar und ehrlich beantwortet werden, um Enttäuschungen der TeilnehmerInnen zu vermeiden.

Kreative Beteiligungsformate

Beteiligungsprozesse brauchen insgesamt mehr »Pop-Faktor«. Sie sollten ein inspirierendes Umfeld schaffen, das BürgerInnen motiviert und stimuliert. Personalisierung, Visualisierung, Emotionalisierung und Konkretisierung sind dafür wichtige Strategien. Kreative Beteiligungsformate führen zu innovativen Ergebnissen.

Die Beteiligungsformate sollten hinsichtlich des Grades an Komplexität und Interaktivität gestaffelt werden. Die TeilnehmerInnen sollten auch zu einer »passiven« Teilnahme ermutigt werden, dadurch wird ein niederschwelliger Zugang geschaffen.

Aufsuchende Beteiligung

Beteiligungsprozesse sollten noch stärker auf die Menschen im Stadtteil zugehen und die Orte aufsuchen, an denen sie sich aufhalten. Die Beteiligung sollte an wechselnden Orten stattfinden, um Zugänge in möglichst viele Lebenswirklichkeiten herzustellen. Die Herausforderung besteht auch darin, die BürgerInnen zu hören, die sich selbst kein Gehör schaffen können. Dazu sollte die Beteiligung gezielt Formate beispielsweise für Kinder und Jugendliche, für ältere Menschen, Menschen mit geistigen Einschränkungen und Migranten entwickeln.

Thesen

Folgende Thesen möchten wir abschließend zur Diskussion stellen:

Zur Stärkung von BürgerInnenprojekten braucht es eine strukturelle Reorganisation der Verwaltung von einer „Top-Down-Steuerung“ hin zur „Bottom-Up-Steuerung“. Die Diffusion von Ideen und Projekten von „Unten nach Oben“ muss ermöglicht werden.

Es geht nicht nur um eine neue „Kultur der Beteiligung“, sondern auch um eine „Kultur des Mitmachens“. Beteiligungsprozesse sollten den TeilnehmerInnen nicht nur Möglichkeiten der Mitsprache, sondern später auch Möglichkeiten der Mitwirkung eröffnen, hierzu braucht es neue Ansätze der Institutionalisierung von Mitwirkung.



Die Entwicklung von kreativen Ideen in Stadtentwicklungsprojekten braucht ein Fundament, es empfiehlt sich eine Beteiligung in drei Schritten zu organisieren: 1. Erinnerung (Geschichte), 2. Erfahrung (Gegenwart), 3. Idee (Zukunft). Dort, wo aus Geschichte Zukunft entsteht, wird städtische Identität bewahrt und weiterentwickelt.

Resümee

Geschichte trifft Zukunft – Occupy Villa Berg ist mit einem konkreten, verbindlichen und einfachen Ziel gestartet: Wir sammelten bis zum 16. September 2013 Ideen, Wünsche und Perspektiven und haben diese pünktlich zu den Haushaltsberatungen dem Oberbürgermeister Fritz Kuhn, dem Gemeinderat und dem Bezirksbeirat Stuttgart-Ost übergeben, bislang ohne jegliche Resonanz. Ein bürgerschaftlich initiiertes Beteiligungsprozess ohne strukturelle Einbindung oder politische Legitimation. Ein Erfolg? Ja und Nein. Seit dem Start im Frühjahr 2013 konnten über 200 Beteiligungsbeiträge gesammelt werden, mehr als 1000 BürgerInnen haben eine unserer Aktionen besucht, über 2000 Menschen folgen uns auf Facebook, der Blog verzeichnete knapp 100.000 Aufrufe. Gleichzeitig ist die Zukunft der Villa Berg und ihres Parks und damit auch der Umgang der Stadt mit den Beteiligungsergebnissen – Stand März 2015 – ungewiss. Aktualisierte Informationen finden Sie stets unter www.occupyvillaberg.de.

Elke Banabak, Harald Stingeles

Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber

Das Gedächtnis der Stadt?

Das Hotel Silber ist als ehemaliger Sitz der Gestapozentrale für ganz Württemberg und Hohenzollern ein steinerner Zeuge der Stuttgarter NS-Zeit und ihrer Vor- und Nachgeschichte. Dass dieser Erinnerungsort inmitten der Stadt erhalten blieb, ist der Hartnäckigkeit engagierter Bürgerinnen und Bürger zu verdanken.

Im Jahr 2008 wurden Pläne bekannt, das Hotel Silber für ein kommerzielles Bauprojekt abzureißen. 22 Organisationen der Erinnerungsarbeit und der historisch-politischen Bildungsarbeit schlossen sich zur Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber zusammen, um dies zu verhindern. Dieselben zivilgesellschaftlichen Kräfte tragen seit Jahrzehnten die Erinne-

rungsarbeit in Stuttgart und halten die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit im öffentlichen Bewusstsein. Damit füllen sie eine Lücke der städtischen Kulturpolitik seit Mitte der achtziger Jahre. Sie haben Biografien von Opfern erforscht, Stolpersteine verlegt und Kontakte zu Überlebenden gepflegt, sie haben die Verfolgung der Homosexuellen und der Sinti beschrieben und die Verbrechen der Kindereuthanasie aufgedeckt, sie haben ein Denkmal für die ermordeten Wehrmachts-Deserteure initiiert und die Geschichte der württembergischen Gestapo sowie Werdegänge prominenter NS-Täter erforscht, sie haben eine „Spur der Erinnerung“ von Grafeneck zum Innenministerium in der Dorotheenstraße organisiert, sie haben Fahrten in Konzentrationslager veranstaltet, Ausstellungen organisiert und Forschungslücken dokumentiert.

Öffentliches Bewusstsein und Vernetzung

Der Streit ums Hotel Silber fand bundesweit Resonanz in der Presse und der Gedenkstättenlandschaft. „Stuttgart erblindet“ kommentierte Die Zeit, und die Leiter der NS-Dokumentationszentren in Köln und Berlin stärkten der Initiative den Rücken. Die hiesige Politik begann umzudenken. Dies führte mit dem Regierungswechsel nach der Landtagswahl im März 2011 zur Entscheidung, das Gebäude für einen Lern- und Gedenkort zu erhalten. Er sollte zusammen mit der Initiative gestaltet werden; neue Wege der Bürgerbeteiligung galten ja als Markenzeichen der neuen Regierung.



Beteiligung und Mitbestimmung?

Mit dem Erhalt des Hauses war das Versprechen verbunden, in gleichberechtigter Partnerschaft von Land, Stadt und bürgerschaftlicher Initiative den Lern- und Gedenkort zu realisieren. Zusammenarbeit „auf Augenhöhe“ wurde zugesichert, was nicht nur die „Einbindung“ von ehrenamtlicher Arbeit, sondern die Schaffung von Strukturen gleichberechtigter Zusammenarbeit voraussetzt. Unter dem Motto „Abriss verhindern – jetzt gestalten“ machte sich die Initiative an die Arbeit und präsentierte im September 2011 ihre konzeptionellen Vorstellungen im Stuttgarter Rathaus⁽¹⁾. Fast ein Jahr nach den Landtagswahlen, im Februar 2012, begann endlich der Entwicklungsprozess. Im Juni 2012 tagte erstmals der Runde Tisch Hotel Silber, dem Vertreter/innen des Landes, der Stadt, der Initiative, der Opferverbände, der Landeszentrale für politische Bildung, der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und der Landesjugendorganisationen angehören.

Zusammenarbeit von Institution und Zivilgesellschaft als Programm für einen lebendigen Lern-, Bildungs- und Begegnungsort.

Im Hotel Silber soll ein lebendiger außerschulischer Lern-, Bildungs- und Begegnungsort entstehen, ein Ort gegenwartsbezogener Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte Stuttgarts und Württembergs – und zwar einschließlich Vorgeschichte und Nachwirkungen. Hier sollen demokratisches Verhalten und die Akzeptanz menschlicher Vielfalt gefördert sowie Aktivitäten und Zivilcourage gegen alle Formen von Ausgrenzung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gestärkt werden. Das Hotel Silber soll sich als Zentrum für Demokratie und Menschenrechte verstehen und in der Stadtgesellschaft verankern. Hier soll also mehr als ein Museum mit begleitendem Veranstaltungsprogramm entstehen. Und dies kann nur im Zusammenwirken mit der Zivilgesellschaft gelingen. Es setzt daher die gleichberechtigte Beteiligung der Initiative in den Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen des Hotel Silber voraus.

(1) Eckpunkte für einen Lern- und Gedenkort Hotel Silber (29.9.2011) siehe <http://hotel-silber.de/?p=614> www.hotel-silber.de

Unsere programmatischen Vorstellungen im Einzelnen:

- Vor- und Nachbereitung geführter Ausstellungen und historischer Stadtrundgänge müssen hier ebenso möglich sein wie Workshops und Projekttag zur Stärkung von Zivilcourage. Inhaltlich müssen diese Angebote über rein historische Betrachtung hinausgehen, vielmehr sollen, vom historischen Ort ausgehend, demokratische Werte vermittelt, aber auch hinterfragt

Stuttgart für Alle

UNSER ERFOLG: DER ABRISS WURDE VERHINDERT

Initiative Lern- und Gedenkort
Hotel Silber e.V.

Jetzt: den Lern- und Gedenk-Ort in der ehemaligen Gestapo-Zentrale aufbauen und gestalten

Stuttgarter NS-Täter
Vom Mörder bis zum Massenmörder

**Demokratie braucht Erinnerung
braucht Demokratie**

Stuttgart für Alle

**Occupy Villa Berg
BürgerInnen-Projekte**

**Geschichte trifft Zukunft
MITMACHEN**

werden. Wir wollen die Besonderheit dieses Ortes für Programme zur Demokratieentwicklung nutzen, die eine Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftlichen Fragestellungen zwangsläufig einschließen.

- Rechtsextremen Tendenzen kann hier präventiv entgegengewirkt werden. Langfristig könnte, bei entsprechender personeller und finanzieller Ausstattung, eine Informations- und Koordinierungsstelle für Rechtsextremismusprävention entstehen.
- Die thematische Bandbreite der Initiative und ihr vielfältiges Potential sollen im Hotel Silber zur Geltung kommen. Ausgehend von ihrer speziellen Perspektive können unsere Mitgliedsorganisationen hier interessante Angebote machen, die sich sowohl an Schüler und Jugendliche als auch an ein erwachsenes Publikum richten.
- Die Erforschung der NS-Geschichte Stuttgarts und Württembergs und ihrer Vor- und Nachgeschichte ist längst nicht abgeschlossen. Deshalb soll das Hotel Silber eine lebendige Geschichtswerkstatt werden. Schulklassen, die wissen wollen, was an ihrer Schule geschah, Vereine und Institutionen, die ihre Geschichte erforschen wollen, Menschen, die sich für konkrete Schicksale von Verfolgten oder auch für die Geschichte lokaler NS-Täter interessieren, sollen hier Beratung und Austausch bei ihren Recherchevorhaben finden.
- Als ein Ort der Begegnung und des Dialogs soll das Hotel Silber auch dem Austausch der Generationen dienen, um etwa traumatische Nachwirkungen oder unbewusst weitergegebene Ansichten zu untersuchen. Generell sollen hier in immer neuen Anläufen unterschiedliche Formen der Sprachlosigkeit durchbrochen werden: zwischen Schichten, Ethnien, Weltanschauungen, Generationen.
- Die Initiative möchte das Hotel Silber als aktiven und aktivierenden Arbeitsort nutzen. Arbeitstreffen, Fortbildungen und Diskussionsrunden der aktiven Ehrenamtlichen sollen hier ihren Platz finden. Das Engagement der im Themenfeld ehrenamtlich Tätigen würde hier gebündelt und koordiniert. Hier möchten wir außerdem für andere inhaltlich verwandte Gruppen des

zivilgesellschaftlichen Engagements erreichbar sein und die Arbeit des Ortes im zivilgesellschaftlichen Diskurs durch Kooperationsveranstaltungen und -projekte vernetzen. Die Arbeit unseres Vereins sehen wir deshalb als Ergänzung zu der Arbeit der anderen Partner.

- Die Initiierung, Begleitung und Vernetzung von bürgerschaftlichen Projekten in historischen aber auch demokratiebildenden Themenfeldern sehen wir als eine wichtige Aufgabe des Lern- und Gedenkortes. Der Lern- und Gedenkort soll für engagierte Bürgerinnen und Bürger eine Anlauf- und Beratungsstellenfunktion haben.

Voraussetzungen des Gelingens

Die Initiative hat die Errichtung eines Lern- und Gedenkortes im Hotel Silber angestoßen und sich konstruktiv am Entwicklungsprozess beteiligt. Dies will sie auch künftig tun. Die nötigen vertraglichen Rahmenbedingungen und die räumlichen Voraussetzungen für eine „institutionalisierte Bürgerbeteiligung“ – eine echte Mitwirkung der zivilgesellschaftlichen Organisationen an der Gestaltung der Einrichtung müssen jetzt geschaffen werden. Hierüber wird seit Mitte März 2014 zwischen Land, Stadt und Initiative verhandelt.

Das Statut der Einrichtung soll die Mitwirkung der Initiative in den zu bildenden Gremien wie Verwaltungsrat oder Programmbeirat festlegen. Es soll aber auch die Möglichkeit der Vernetzung mit der Zivilgesellschaft sichern, indem es inhaltliche Gestaltungsspielräume, zum Beispiel die Möglichkeit, als Partner eigenverantwortlich Veranstaltungen und Projekte dort durchzuführen, zulässt und fördert.

Sylvia Winkler, Stephan Köperl

Die Wagenhalle

Der Kunstverein Wagenhalle e.V. ist eine Kunst- und Kulturproduktionsstätte im Stadtteil Stuttgart-Nord, direkt neben der zentralen Logistikfläche für ‚Stuttgart 21‘.

In der Wagenhalle befinden sich die Arbeitsräume von mehr als 70 Kreativen aus den Bereichen der Bildenden Kunst, Ar-

chitektur, Design, Musik, Theater und Film. Die Halle sowie ihr Außenraum werden zusätzlich für externe Produktionen von Kunst-Theater- und Musikprojekten, sowie für akademische Experimente der drei Hochschulen der Stadt genutzt.

Während der vergangenen zehn Jahre konnte sich die Wagenhalle als eine unabhängige Kulturstätte etablieren, deren Ausstrahlung und Anziehungskraft weit über die Region Stuttgart hinausreichen. Zugleich ist der Kunstverein Wagenhalle e.V. ein bedeutender Sammelpunkt der lokalen Szene.

Dabei ist zwischen zwei Akteuren zu unterscheiden: Dem ‚Kulturbetrieb Wagenhallen‘, einem kommerziellen Veranstalter von Konzerten und Partys und dem ‚Kunstverein Wagenhalle‘, der Vertretung der ansässigen KünstlerInnen.



Werner Sauerborn, Sylvia Winkler

Kurze Geschichte der Entstehung

Die Wagenhalle wurde vor etwa 120 Jahren als Waggon-Instandsetzungshalle der Württembergischen Staatsbahn erbaut. 2003 verkaufte die Bahn das Areal an die Stadt Stuttgart, die bestehenden Gebäude sollten abgerissen werden. Es ist dem Engagement von Architekturstudenten und KünstlerInnen des Postareals zu verdanken, dass das Gelände erhalten blieb. 2006 wurde der Kunstverein Wagenhalle gegründet.

Organisationsstruktur

Das Gelände wird den Kreativen von der Stadt Stuttgart bisher kostenlos zur Verfügung gestellt, so dass durch die Mieteinnahmen lediglich die Betriebskosten gedeckt werden müssen. Als Verwalter und Vermieter fungiert seit 2006 Stephan Karle, der Besitzer des bis vor Kurzem benachbarten Schrottplatzes. Bis 2010 wurden nur einjährige Mietverträge mit der Stadt abgeschlossen und es konnten somit keine langfristigen Planungsstrategien entwickelt werden. Erst seit 2010 gibt es Fünf-Jahresverträge.

Die Organisation und Verwaltung der Wagenhalle geschieht auf unterschiedlichen Ebenen und durch verschiedene Gremien, wie der KBW (Kulturbetrieb Wagenhallen) GmbH & Co.KG, einem Lenkungskreis und mehreren spezialisierten Arbeitskreisen.

2016 wird sich Stephan Karle voraussichtlich aus der Verwaltung zurückziehen. Die Akteure der Wagenhalle sind momentan dabei, eine komplett selbstverwaltete Struktur und eine neue Rechtsform zu entwickeln. Gleichzeitig wird an der Erstellung eines Nutzungskonzeptes für die Halle und die umgebenden Freiflächen gearbeitet.

Aktuelle Situation

Im städtischen Doppelhaushalt 2013 wurden 5,5 Millionen für eine Dachsanierung und Ertüchtigung der Hallenstatik genehmigt. Ein Brandschutzgutachten führte im Herbst 2014 zur teilweisen Stilllegung der Halle – seither dürfen die KünstlerInnen während der Veranstaltungen des kommerziellen Kulturbetriebs ihre Ateliers nicht mehr betreten. Die veranschlagten Kosten für eine Ertüchtigung der Halle stiegen in der Folge in zweistellige Millionenhöhe.

Es freut uns sehr, dass sich nun, neben den Akteuren bedeutender Stuttgarter Kulturinstitutionen, auch etliche politische Entscheidungsträger und Oberbürgermeister Kuhn zur Wagenhalle bekannt haben. Ab Herbst 2016 soll mit der Sanierung begonnen werden.

Um die schwierige Zeit bis zur Wieder-Inbetriebnahme ihrer Ateliers zu überbrücken, erarbeiten die KünstlerInnen im Moment eine Containerlösung für die der Halle vorgelagerten Freifläche. Die über Jahre gewachsenen Netzwerke zwischen den KünstlerInnen, die zentrale Lage und die bezahlbaren Mieten sind wichtige Voraussetzungen für eine lebendige Kulturproduktion in dieser Stadt.

Aus Raumnot entstand Kulturraum – wir plädieren für die Errichtung des Kulturschutzgebietes Wagenhalle!

Stellungnahme des Kunstvereins Wagenhalle zur aktuellen Situation

Die mehr als 70 KünstlerInnen arbeiten seit Oktober 2014 in einer grotesken Situation: Aufgrund von Brandschutzmaßnahmen müssen sie ihre Ateliers, Studios und Werkstätten immer dann verlassen, wenn in der Veranstaltungslocation der Wagenhallen Konzerte, Partys oder Firmenfeiern stattfinden. Die Ateliers der KünstlerInnen dürfen im Moment allerdings nicht für das Publikum geöffnet werden.

Die Stadt Stuttgart will die Wagenhalle sanieren – für bis zu 30 Millionen Euro. Die Sanierung soll im Herbst 2016 beginnen. Zunächst einmal ein begrüßenswerter Schritt. Wer aber kennt die Fakten? Worauf beruht diese Summe? Welches Konzept wird verfolgt? All dies ist bisher weder mit den Betroffenen noch mit dem Gemeinderat kommuniziert worden. Die KünstlerInnen und ArchitektInnen der Wagenhalle kennen die Situation vor Ort und haben Konzepte entwickelt, was sie hier verwirklichen wollen. Die Stadtverwaltung kennt die Inhalte des Brandschutzgutachtens mit den sich daraus ergebenden Planungserfordernissen. Was fehlt ist ein abgestimmtes Gesamtkonzept für den Kreativstandort Wagenhalle. Dabei gehören die Fakten auf den Tisch und die Betroffenen müssen in die Planungen miteinbezogen werden. Denn mittlerweile geht es nicht mehr nur um die Ertüchtigung der Wagenhalle, sondern auch um ihre Einbindung in das neue Wohngebiet.

Der „Kunstboulevard“ als Straßenname wurde im vergangenen Sommer von den KünstlerInnen feierlich enthüllt. Die eine Straßenseite bildet die Wagenhalle. Doch was soll auf die andere Seite? Auch darüber sollte man diskutieren.

Der Kunstverein Wagenhalle als Vertretung der KünstlerInnen befürwortet eine kostengünstige, stufenweise, ökologisch sinnvolle und eng an die Bedürfnisse der NutzerInnen abgestimmte Sanierung der Wagenhalle und bittet hiermit die BürgerInnen und Gemeinderatsmitglieder Stuttgarts um Unterstützung.

Der Kunstverein plädiert für eine Renovierung der Wagenhalle nach industriellen Standards, die der Geschichte des Ortes gerecht wird und den Charme des Areals erhält. Dazu gehört auch eine dem Standort angemessene und dem Gesamtkonzept verpflichtete Gastronomie mit passenden Veranstaltungen. Eine große Veranstaltungshalle mit einer Kapazität von 2500 Personen halten wir im neuen Wohngebiet für kontraproduktiv.

Unser Zukunftskonzept der Wagenhalle als Kunst- und Kulturproduktionsstätte im Herzen eines neu entstehenden Wohnviertels ist integrativ. Wir verfügen über eine schon gewachsenen Struktur, an der sich gut anknüpfen lässt. Der von den KünstlerInnen und ArchitektInnen erdachte Marktplatz soll zum öffentlichen Raum der Nordbahnhofegend werden und Platz für Austausch mit den BewohnerInnen des neuen Viertels bieten. Etwas Gewachsenes im neuen Wohnquartier.

Es ist Zeit, diesen einzigartigen Ort richtig zu sehen und zu bewerten. Die KünstlerInnen haben aus dem Areal der Wagenhalle einen einzigartigen Ort gemacht, jenseits aller Subventionen. Dieses Kulturschutzgebiet würde seinem Namen gerecht, als ein Ort für alle.

www.kunstverein-wagenhalle.de



Workshop C: BürgerInnen gestalten ihre Stadt

Mit Wilfried Münch, Dimo Haith, Detlev Siebeck, Peter Conradi, Moderation: Peter Dübbers



Peter Conradi

Stuttgart braucht neue Bauherren – ein Stuttgarter Immobilienfonds

Mit einem Stuttgarter Immobilienfonds könnten Stuttgarter Bürger und Bürgerinnen zu Stuttgarter Bauherren und -frauen werden und damit Verantwortung für unsere Stadt übernehmen. Der Stuttgarter Immobilienfonds sollte gemeinwohlorientiert sein und seine Mittel in Stuttgarter Projekte mit städtebaulicher, sozialer und architektonischer Qualität einbringen. Der Fonds sollte unabhängig sein, auch unabhängig von der Stadtverwaltung. Er könnte das ihm von den Stuttgartern anvertraute Geld in öffentlichen Bauten wie Kindergärten und Schulen, in Wohnungsbauten von Baugemeinschaften und Baugenossenschaften und in anderen gemeinwohlorientierten Projekten anlegen. Über die Projekte sollte ein Rat von Bürgerinnen und Bürgern entscheiden, die sachkundig und in der Stadt bekannt sind und von denen man weiß, dass sie der Stadt Bestes wollen.

Zurzeit tun sich viele Sparer schwer, ihr Geld sicher und vernünftig anzulegen. Da könnte ein Stuttgarter Immobilienfonds, dem es nicht um kurzfristige Wertsteigerung, sondern um langfristige Qualität geht, für Bürgerinnen und Bürger interessant sein, die ihr Geld wertbeständig anlegen und damit etwas Gutes für ihre Stadt tun wollen, die ihre Stadt bereichern wollen – anders als die meisten anonymen Investoren, die vor allem auf ihre Gewinne achten und wenig Interesse an unserer Stadt haben.

Dimo Haith

Vom Jammern zum Hammern

Wenn wir etwas kritisieren, dann müssen wir auch den Weg aufzeigen, wie es besser zu machen ist. Wenn wir meinen, dass Investoren, die keinen Bezug zu Stuttgart haben, auch für die Stadtqualität keine guten Bauten erstellen, dann müssen wir Stuttgarter Bürger selbst anpacken. Wir müssen uns engagieren mit Ideen, bei Projektentwicklung und Bauten. Dazu ist ein geeigneter Investor = Immobilienfonds aufzustellen. Und die Bürger müssen sich einbringen, mit Ideen, Tat und Geld. So können die Stuttgarter Bürger zeigen, dass sie eine andere Qualität wollen und diese auch verwirklichen können.

Wilfried Münch

Es stellt sich heute beim Bauen und bei Gebäuden die Frage: Dienen sie tatsächlich in der richtigen Weise ihrem Zweck und sind die Menschen in der Entwicklung von Gebäuden und z.B. Stadtquartieren miteinbezogen, um dies zum Ausdruck bringen zu können. Auf der anderen Seite die Frage: Gibt es Investoren, die aus Verantwortung gegenüber der Gesellschaft bereit sind, soziale und ökologische Kriterien in den Vordergrund zu stellen? Der zwar notwendige – ökonomische Aspekt ist dann im Nachgang zu betrachten. Wohnen, Begegnen, Feiern, Gemeinschaftsleben, Meditieren, usw. ist der Zweck von Gebäuden für die Menschen. Dabei sind beim Bauen natürlich soziale und ökologische Anforderungen zu erfüllen, wenn wir z.B. an Materialwahl,

Flächen- und Energieverbrauch denken. Ihren „Wert“ bekommen Gebäude letztlich durch die Nutzung. Anders als dies heute der Fall ist, durch den reinen rendite-risikoorientierten Vermögensanlageaspekt, der sich aus überschießenden Anlagegeldern entwickelt hat.

Detlev Siebeck

Wohnen und Essen sind Grundbedürfnisse, deren Befriedigung gleichermaßen Einfluss auf den städtischen wie auf den ländlichen Raum haben. Einer gemeinwohlorientierten Förderung dieser Bereiche sind enge Grenzen gesetzt. Auch einer steuerlichen Förderung sind Grenzen gesetzt. Die Alimentierung von „überschießenden Anlagegeldern“ (Wilfried Münch), seien sie in privater Hand oder in der Hand von Stiftungen, belastet eine gemeinwohlorientierte Förderung dieser Bereiche. In diesem Spannungsfeld Lösungen zu finden, ist die zentrale Aufgabe.

Peter Conradi

Zusammenfassung

1. Ein Stuttgarter Bürgerimmobilienfonds, der statt anonymer großer Investoren Stuttgarter Baufrauen und -herren gewinnen will, ist angesichts der überhöhten Grundstückspreise in Stuttgart derzeit nicht machbar.
2. Die Stadt – Gemeinderat und Verwaltung – ist verantwortlich dafür, dass Grundstücke für soziale, ökologische und kulturelle Nutzungen zu Preisen außerhalb der Bodenspekulation zur Verfügung stehen und im Konzeptverfahren veräußert werden.
3. Gleichermäßen sollten Stiftungen, z.B. Unternehmensstiftungen, eigene Grundstücke entsprechend dem Stiftungszwecke zur sozialen, ökologischen und kulturellen Nutzung zur Verfügung stellen.
4. Bürgerschaft und Stadt müssen gemeinsam den Boden aus der Herrschaft der Bodenspekulation befreien. Die Stadt soll sich bei neuen Baugebieten Vorkaufsrechte si-

chern und damit Einfluss auf die zukünftige Bebauung und Nutzung nehmen. Sie soll Grundstücke nicht verkaufen, sondern stattdessen Erbbaurechte vergeben. Jeder Grundstücksverkauf durch den Finanzbürgermeister ist ein Geschäft zum Schaden der Stadt und zum Nutzen der Investoren, denen die weiter steigenden Grundstückspreise zufallen.

5. Eine institutionalisierte Zukunftswerkstatt der Stadt mit breiter öffentlicher Beteiligung, z.B. der Stuttgarter Hochschulen, wäre wünschenswert, denn vieles was heute hier gesagt wird, wurde schon vor dreißig Jahren gefordert und blieb bis heute unerledigt. Das sollte mit unseren heutigen Forderungen nicht geschehen.



Workshop D: Urbanität und Mobilität

Mit Jan Lutz, Roland Ostertag, Christoph Link
Moderation: Werner Sauerborn



Werner Sauerborn

Zusammenfassung

1. Vom Allgemeinen sollte es zum Konkreten gehen. Zuerst sollte also eine Verständigung über die Vorstellungen von urbaner Mobilität entwickelt werden. Das war das Thema von Prof. Roland Ostertag, der eine neue „Ethik der Mobilität“ forderte und damit eine Devise der Architektur-Biennale 2010 in Venedig aufgriff: per un'etica della mobilità. Bestimmende Elemente eines nachhaltigen und sozial gerechten Mobilitätsbegriffs sind: Mobilität müsse eine Möglichkeit für alle darstellen, also inklusiv wirken. Dem stehen Konzepte wie die in Stuttgart weitgehend realisierte autogerechte Stadt fundamental entgegen. Wesentliche Teile der Bürger werden in ihrer Mobilität eingeschränkt bzw. anderen Mobilitätsinteressen untergeordnet. Sinnlich und alltäglich erfahrbar z.B. an den autobahnähnlichen Schneisen, wie der Konrad-Adenauer-Straße, die die Mobilität von FußgängerInnen und RadfahrerInnen, z.B.

in der Verbindung zwischen Bohnenviertel und City erheblich einschränkt. Weiterer Maßstab einer etica della mobilità ist der Bezug zur „condition humaine“: Die Strukturen der Mobilität sollen sich an den Dimensionen der menschlichen Natur, der menschlichen Sinne orientieren, also Sichtweiten, Geschwindigkeitswahrnehmung und andere menschliche Wahrnehmungsfähigkeiten als Maßstab zugrunde legen. Dem stehen große Geschwindigkeiten, hohe Lärmbelästigung oder auch die Zufahrt zur Stadt im Dunkel kilometerlanger Tunnel entgegen. Neuen Formen von Mobilität stehe gerade in Stuttgart zweierlei entgegen. Zum einen große Mehrheiten, die auf Automobilität setzten. Dies wird bezweifelt. Zum anderen Wirtschaftsinteressen, die weiter auf die Autopräferenz setzten, als Bürgerinteressen. Dies gehe umso mehr auseinander als die Autofixierung sich als reale Einschränkung von Lebensqualität für viele erweise. Dem Argument, gerade in Stuttgart als einer Stadt, deren Entwicklung eng mit dem Auto verbunden ist, die als Wiege der Automobilität gelte, sei eine Umorientierung besonders schwer oder unmöglich, wird entgegengehalten: gerade von hier müsse der Impuls einer Veränderung ausgehen. Hier gebe es nicht nur Autokompetenz, sondern Mobilitätskompetenz, die zum Ausgangspunkt einer Verkehrswende werden könne. Das zeige auch der nachhaltige, tief verwurzelte Widerstand gegen Stuttgart 21, der sich gegen eine Einschränkung des öffentlichen zu Gunsten des Autoverkehrs wende.

2. Die Abkehr vom derzeitigen, längst gescheiterten Mobilitätskonzept der Stadt erfordere die Vorstellbarkeit der Alternativen. Dies war der Leitgedanke des Beitrags von Christoph Link. Ein Rückbau der derzeitigen Fahrbahnflächen um 50% sei nicht nur nötig, sondern auch möglich. Um eine solche Perspektive vorstellbar zu machen, wurden alte Bilder von Straßen und Plätzen, z.B. Charlottenplatz, vor dem Umbau zur autogerechten Stadt gezeigt, aber auch visionäre Darstellungen einer Wiedergewinnung z.B. der B14 für den nicht motorisierten Verkehr. Auch das Konzept der Panoramabahn, also des Stuttgarter Gäubahnabschnitts, könnte ein bürgernahes Angebot im ÖPNV werden. In Stuttgart leidet der öffentliche Nahverkehr an Engstellen, sowohl im S-Bahn als auch im Stadtbahnsystem. Entgegen ihrem Namen ist nicht ein Freizeitangebot, sondern ein kapazitätsstarkes S-Bahn-Angebot gemeint.

Auch hier geht es um die Korrektur von Fehlentwicklungen (die Stuttgarter Gäubahn gab es seit 1879 mit Haltestellen am Westbahnhof, in Heschlach und am Wildpark – Naherholungsgebiet) und um Weiterentwicklung. Ein entsprechendes Konzept des VCD sieht 11 zusätzliche Haltestellen zwischen HBF und Vaihingen vor. Das ganze wäre zu einem 100stel der Kosten von Stuttgart 21 realisierbar und würde einen großen Nutzen stiften statt Schaden anzurichten. Im wahrsten Wortsinne eine Erweiterung des Blickfelds böte die Einrichtung von Seilbahnverbindungen, die sich angesichts der Kessellage der Stadt anbieten – sowohl von einem Kesselrand direkt zum anderen als auch von den Kesselrändern in die City. Es wurden erfolgreiche Beispiele aus anderen Städten illustriert wie auch erste planerische Ansätze vorgestellt.

3. Eine radikale Verkehrswende vom Auto speziell zum Radverkehr vertrat Jan Lutz. Dies müsse und könne auch durch monetäre Anreize unterstützt werden, die im Grunde keine Subventionen seien, sondern nur den volkswirtschaftlichen Nutzen des einen gegen die volkswirtschaftlichen Schäden des anderen Verkehrsmittels verrechnen: „schon auf dem Weg zur Arbeit Geld verdient?“ Es wird eine Berechnung aus vielen Kosten/Nutzen-Komponenten dargestellt, die zu einer individuellen Honorierung jedes gefahrenen Radkilometers führen könnte. Dies wird über ein intelligentes Abrechnungssystem (z.B. Dokumentation zurückgelegter Strecke via Smartphone) realisiert. Jan selbst, der täglich mit dem Rad von Esslingen in sein Büro in der Stuttgarter City radelt, hätte auf diese Weise im Laufe der Jahre bereits einige Tausend Euro realisiert. Lutz ist auch Admin der critical mass in Stuttgart, eines friedlichen, parteiunabhängigen monatlichen Treffens von RadlerInnen zur Rückeroberung des öffentlichen Raums für (u.a) das Velo. Die cm findet an jedem ersten Freitag im Monat ausgehend vom Feuersee um 18.30h statt. 2014 haben bis zu 700 RadlerInnen mitgemacht. 2015 sind 1000 angepeilt.

Die Idee einer radikalen Verkehrswende hin zu Fahrrad wird unterstützt vom Radprojekt „Carl vs. Karl“. Den deutschen Ingenieur und Automobilpionier Carl Benz kennt jeder. Aber Karl Freiherr Drais von Sauerbronn? Er war der Erfinder der Draisine, des Vorläufer des Fahrrads. Die Chancen und Perspektiven der Erfindung von Karl sollen den destruktiven Folgen der Erfindung von Carl entgegengestellt werden. Das ist das Thema dieser unkonventionellen website.

4. In der Diskussion, die die inputs bestätigte und ergänzte, stach ein weiterer praktischer Ansatz für Bürgerprotest gegen autofixierte Mobilität hervor, die Idee des park(ing) days. Der Park(ing) Day ist seit 2005 ein weltweiter Aktionstag – jährlich im September. Spontan und improvisiert werden triste Parkplatzflächen, so auch in der Stuttgarter Innenstadt besetzt und mit einfachen Mitteln (Kunstrasen, Gartenstühlen und Musik) zu einem Freiraum für verschiedensten Aktivitäten gemacht. Mit dem Park(ing) Day soll eine kritische Diskussion zur Nutzung und Gestaltung des öffentlichen Raumes angeregt werden: wie Verkehrsflächen anders genutzt werden können und wieviel zuviel Fläche dem Autoverkehr eingeräumt wird. Devise: Die Stadt gehört allen!



Workshop E: Wohnungsknappheit + steigende Mieten

Mit Ruth Becker, Thomas Wolf, Moderation: Odile Laufner



Ruth Becker

Zusammenfassung

Derzeitige Situation auf dem Stuttgarter Wohnungsmarkt
Erhebliche Kostensteigerungen bei Neubau und bei Modernisierung durch

- rasanter Anstieg der Preise für Baumaterialien
- stetig steigende Anforderungen durch Gesetze und Verordnungen (Beispiel EnEV, Brandschutz, Schallschutz)
- nicht mehr zeitgemäße Baurechtliche Regelungen (beispielsweise Baustaffel aus der Nazizeit, Stellplatzverordnung die in vielen Gebieten zu sehr hohen Kosten für Tiefgaragen führen usw.)
- sehr langwierige, aufwendige Genehmigungsverfahren

Die Folgen:

- der Mietwohnungsbau wird in Stuttgart weitestgehend zum Erliegen kommen, es wird (fast) nur noch Neubau von Eigentumswohnungen geben, auch die ehemals gemeinnützigen Baugesellschaften werden sich auf Modernisierungsmaßnahmen konzentrieren
- Smart-Modernisierung ist nicht möglich, da bei Modernisierung ein relativ hoher, am Neubau orientierter Standard gefordert wird. Dadurch nur umfassende Modernisierung möglich mit der Folge erheblicher Mietsteigerungen

Die bundesdeutsche Wohnungspolitik folgt seit Langem unhinterfragten Glaubenssätzen:

- Ein freier Wohnungsmarkt führe zur bestmöglichen Wohnungsverorgung, oberstes Ziel sei eine möglichst hohe Eigentumsquote, wohnen zur Miete sei nur zweite Wahl, ein dauerhaft preis- und belegungsgebundener Wohnungsbestand sei weder nötig noch sinnvoll, deshalb seien höchstens kurze Bindungszeiten sinnvoll usw.),
- Diese Glaubenssätze sind Grundlage einer Reihe von wohnungspolitischen Entscheidungen der vergangenen Jahrzehnte, die zur heutigen Situation am Wohnungsmarkt beigetragen haben, z.B. Aufhebung der Bindungen im Sozialen Wohnungsbau, ein Mietrecht, das auf eine stetige Steigerung der Mieten zielt (Mietsteigernde Definition der „Vergleichsmiete“) u.a.m.
- Wenn alle 10 bis 15 Jahre in vielen Städten die Knappheit von (preiswerten) Wohnungen nicht mehr ignoriert werden kann, werden einige temporär geltende Notmaßnahmen ergriffen, die nicht viel mehr bewirken als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein (Bau einiger weniger Sozialwohnungen, eine Mietpreisbremse, die nur in festgelegten Gebieten gelten soll und bei der Neubau und Modernisierung ausgenommen sind)
- keine Abkehr von den vorgenannten Glaubenssätzen

Was kann die Stadt Stuttgart tun?

Zwar legen Bund und Länder die Rahmenbedingungen der Wohnungspolitik, doch haben auch Kommunen eine Reihe von Möglichkeiten, die die Stadt Stuttgart längst nicht alle ausschöpft.

Als Erstes sollte die kommunale Politik/Verwaltung das Problem der Wohnungsknappheit insbesondere im unteren Preissegment wirklich ernst nehmen und als ihre Aufgabe verstehen. Das ist bisher nicht wirklich der Fall. Z.B. lockt die Stadt Stuttgart auf ihrer Webseite Investoren mit der Behauptung, dass „bis zum Jahr 2015 15.000 weitere Büroarbeitsplätze in Stuttgart entstehen“ werden. Woher die Flächen für diese 15 000 zusätzlichen Büroarbeitsplätze und die vermutlich zusätzlich notwendigen Wohnungen für die dort Arbeitenden kommen, wird nicht gesagt (15.000 Büroarbeitsplätze beanspruchen schätzungsweise so viel Geschossfläche wie 4.000 Wohnungen). Das Interesse an Gewerbeimmobilien (einschließlich Shopping-Malls) ist offensichtlich deutlich größer als das Interesse an der Wohnungsverorgung insbesondere der weniger zahlungskräftigen Bevölkerung. Soll sich die Situation für die weniger zahlungskräftige Wohnbevölkerung verbessern, ist ein Umdenken in der kommunalen Politik erforderlich:

Geboten wäre erstens eine Politik, in der Wirtschaftsförderung, Stadtplanung und Wohnungspolitik wirklich aufeinander abgestimmt sind und insbesondere die Folgewirkungen von Wachstumsträumen der Wirtschaftsförderung bedacht und offengelegt werden.

Geboten wäre zweitens eine Politik, die die kommunalen Möglichkeiten ausschöpft, z.B.

- Revitalisierung der SWSG
- Schaffung eines Bodenfonds statt Verkauf städtischer Grundstücke zu Höchstpreis unter Einbezug auch der städtischen Tochtergesellschaften (z.B. SSB)
- Einbeziehung alternativer Akteure (Wohnprojekte und -baugruppen)

- Reaktivierung des sozialen bzw. öffentlich geförderten Wohnungsbaus in relevantem Umfang
- Aufhebung der Stellplatzverordnung (in Berlin u. Hamburg bereits praktiziert)
- zügige Genehmigungsverfahren
- Überprüfung der Konzentration ausschließlich auf die Innenentwicklung

Stuttgart für Alle Stuttgart für Alle



Workshop F: Privatisierung des Öffentlichen Raums

Mit Moritz Bellers, Veronika Kienzle, Yvonne P. Doderer
Moderation: Ines Wiedemann



Yvonne P. Doderer

Die neoliberalisierte Stadt

Im Zuge der Durchsetzung einer am Neoliberalismus ausgerichteten (Stadt-)Politik, die sich bevorzugt an den Interessen und Bedürfnissen von Investoren orientiert, gerät auch der öffentliche Raum zusehends unter Verwertungsdruck. Die Bandbreite reicht hier vom Verkauf städtischer Grundstücke und Gebäude an Private über eine großzügig finanzierte Aufwertung öffentlicher Flächen und Infrastrukturen zugunsten allein von Unternehmen bis hin zur unternehmerorientierten Umbenennung von Haltepunkten des öffentlichen Nahverkehrs. Diese Maßnahmen sind jedoch nur ein Ausdruck einer neoliberalen Politik, die sich die Ökonomisierung aller städtischen und gesellschaftlichen Lebensbereiche zum Ziel gesetzt hat. Eine zentrale Strategie ist hierbei, neben der Kapitalisierung von Besitztümern der öffentlichen Hand, die Privatisierung des Staates bzw. der Kommune, ihrer Verwaltungen und Dienste, selbst. (Nicht von ungefähr tragen zum

Beispiel die jährlich erscheinenden Beteiligungsberichte der Stadt Stuttgart den Titel „Konzern Stadt“) Dieser Umbau hat weitreichende Folgen, die sich inzwischen deutlich bemerkbar machen und die sich unter dem Stichwort der Entdemokratisierung zusammenfassen lassen. Nicht nur die Stadtbürger_innen, sondern auch deren Vertreter_innen haben immer weniger Einfluss auf die weitere Entwicklung der Städte, wenn städtische Betriebe und Dienstleistungen in privatrechtliche Unternehmensformen überführt und Verwaltungen nach rein betriebswirtschaftlichen Kriterien umstrukturiert, abgebaut oder sogar zerschlagen werden. Auch die Stadtplanung als originär kommunale Aufgabe verliert unter all diesen Vorzeichen massiv an Einflussmöglichkeit auf Stadtentwicklung und Städtebau. Dies einmal mehr, wenn eine weitere Strategie des Neoliberalismus zum Zuge kommt, nämlich die Deregulierung d.h. der systematische Abbau gesetzlicher Vorgaben zugunsten von Investoren und die Aufhebung von Beschränkungen wie sie zum Beispiel seitens des Denkmalschutzes bislang möglich waren.

Doch es regt sich inzwischen auch Widerstand

- gegen den Ausverkauf der Städte und die Privatisierung öffentlicher Räume,
- gegen den Abbau bzw. die Abschaffung des sozialen Wohnungsbaus,
- gegen die Vertreibung weniger kapitalkräftiger Bevölkerungsschichten aus der Stadt,
- gegen rein kommentatorische Bürgerbeteiligungsverfahren,
- gegen Stadtregierungen, die ihre (verbliebenen) Gestaltungsmöglichkeiten widerspruchlos bestimmten Interessen unterordnen und die Gemeinwohlorientierung einschränken oder gar aufgeben, um hier nur einige, wenn auch zentrale Punkte anzuführen.

Ein solcher Widerstand – Stichwort „Recht auf Stadt – eine Stadt für Alle“ – kann in Zukunft durch einen solidarischen Zusammenschluss von Stadtbürger_innen und den verschiedenen bereits aktiven zivilgesellschaftlichen Gruppen gestärkt

werden. Schließlich geht es darum, dass die weitere Entwicklung unserer Städte nicht von Wenigen bestimmt, sondern von einer breiten und heterogenen Stadtgesellschaft getragen wird.

Veronika Kienzle

Der öffentliche Raum am Beispiel Stuttgart-Mitte

Die hohe Bedeutung des öffentlichen Raums ist von Stadtplanern und Stadtsoziologen vielfach und eindringlich beschrieben worden. Plätze, Parks und Straßen sind Orte, an denen sich Lebensläufe kreuzen und finden, an denen gefeiert, gespielt, demonstriert oder gefaulenzt werden kann. An diesen Orten findet das Leben öffentlich statt, weil sie allen gehören und im Prinzip stets von allen genutzt werden können. Der Verfall und das Schrumpfen des öffentlichen Raums wurde von den klügsten Köpfen bemerkt, immer wieder beklagt und kritisiert. Wenn Städte boomen, entbrennt der Kampf um den öffentlichen Raum. Es geht um Grund und Boden, um Geld, nicht nur um Ästhetik.

Moritz Bellers

Gestaltung durch selbstbestimmte Nutzung

Öffentlicher Raum ist ein Gemeingut und Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft. Aushandlungsprozesse über die Nutzungsarten, bevorzugten Personengruppen, Gestaltung unterliegen jederzeit stattfindenden gesellschaftlichen Veränderungsprozessen. Diese müssen immer wieder neu definiert werden. Daher ist der öffentliche Raum immer beides: ein Raum in dem Politik stattfindet und über den viel gestritten wird. Für eine aktive Rolle in diesem Prozess ist eine neugierige Wahrnehmung, die den täglich benutzten öffentlichen Raum hinterfragt. Unser Verhalten in Räumen ist geleitet von kulturell angeeignetem Verhalten, das sich an mehr oder weniger klar ablesbaren Signalen orientiert. Diese können bewusst aufgestellte klar kommunizierende Objekte / Schilder oder aber eher subtiler Natur sein. Eine selbstbestimmte Nutzung ist erst durch bewusste Wahrnehmung möglich. Eine Aneignung durch neue Nutzergruppen

oder eine abweichende Nutzung provoziert und ist zugleich die einzige Möglichkeit, dass öffentliche Räume überleben können. Welche Strategien und welche positiven/negativen Effekte können dadurch beobachtet werden? Anhand einiger Projekte urbaner Gärten lade ich ein, über die zumeist temporären Projekte und ihre Rolle für den öffentlichen Raum zu diskutieren.

Stuttgart für Alle Stuttgart für Alle

**keine
Kommerzialisierung
und Privatisierung des
öffentlichen Raumes !**



"Abstandsgrün" aktiv nutzen



Ines Wiedemann

Zusammenfassung

Nach den Impulsvorträgen von Frau Doderer, Frau Kienzle und Herrn Bellers, die sehr eindrücklich mit Beispielen und Bildern hinterlegt waren, entspann sich eine lebhaft Diskussionsrunde, die sich in 5 Punkten zusammenfassen lässt.

1. Verfügbarkeit und Qualität des öffentlichen Raums

Die Inventarisierung städtischer Freiflächen und deren Veröffentlichung (Bestand) wäre ein wichtiger Beitrag um der Entwidmung dieser Flächen entgegenzuwirken. Privatisierte Flächen sollen durch die aktive Nutzung der BürgerInnen zurück erobert werden.

Dabei geht es nicht nur um die Quantität der verfügbaren Freiflächen sondern auch um Aufenthaltsqualität, ansprechende Gestaltung und niedrigschwellige Angebote wie kleine Sitzplätze, Bänke, Bäume und Angebote für Kinder. Die Stadt soll nicht nur einseitig dem Konsum dienen sondern für alle und jederzeit nutzbar sein.

Reglements zur Nutzung der (innerstädtischen) öffentlichen Freiflächen, die dann auch verbindlich einzuhalten sind, verbessern die Lebens- und Aufenthaltsqualität für alle.

Eine weitere Forderung war der ‚Mut zur Lücke‘ d.h. nicht jede Fläche soll sofort mit festen Nutzungen und Funktionen belegt werden sondern offen sein für Provisorien und temporäre Aneignungen, ‚Stadt als Prozess‘.

2. Stärkung nicht kommerzialisierter Initiativen bzw. Gruppen

Der Eventisierung und Monofunktionalisierung des öffentlichen Raums soll durch die Stärkung und Nutzung von am Gemeinwohl orientierter Gruppen entgegengewirkt werden. Außerdem muss es aneignungsfähige, überdachte Räume geben, die diesen Initiativen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

3. Bürgerbeteiligung als positive Investition

Die Beteiligung von BürgerInnen muss verbindlich sein und nicht nur Alibifunktion haben.

Die Beteiligung soll von unten nach oben erfolgen, d.h. Beteiligung soll schon mit dem Beginn von Planungsprozessen und während der gesamten Planungszeit stattfinden, Ausge-

handelte Vereinbarungen der unterschiedlichen Gruppen und Beteiligten müssen im Ergebnis ablesbar und erkennbar sein.

4. Berücksichtigung der Stadtteile

Die Partizipation soll sich nicht nur auf die Innenstadt beschränken. Beteiligungsprozesse sollen ebenso in den Stadtteilen stattfinden, einmal, um diese zu stärken, zum anderen werden so niedrigschwellige Angebote geschaffen um die Mitwirkung unterschiedlicher sozialer Gruppen zu ermöglichen.

5. Freiräume als Impulsgeber von Stadträumen

Öffentliche Räume Grünflächen, Parks und Plätze gehören zu den sogenannten weichen Standortfaktoren einer Stadt. Für deren Weiterentwicklung und Sicherung braucht es Visionen und Strategien. Ein strategischer Ansatz wäre zum Beispiel, dass sich Freiflächen nicht aus den Restflächen der gebauten Stadt entwickeln sondern die Freiräume bestimmen das Gesicht der Stadt.

Workshop G: Dokumentarfilmkabinett Stuttgart – Impressionen seit den 30er Jahren

Filme aus dem Haus des Dokumentarfilms
Mit Dietrich Heißenbüttel, Thomas Schloz



Thomas Schloz

Thesen & Einsichten aus dem Dokumentarfilmkabinett

Die Filme haben, aus unterschiedlichem Blickwinkel, einen historischen Blick auf die Qualitäten und die Verwerfungen werfen lassen, haben Verlorenes vor Augen geführt und Verirrungen aufgezeigt.

Eine Essenz, die sich daraus mit Bezug auf heute ziehen ließe, könnte sein:

1. Die aktuellen Probleme in der Stadt sind weiterhin die alten Probleme, seit Jahrzehnten, z.B.:

- Verkehrsproblematik (immer nur reaktiv und quantitativ angegangen, ohne klare Zukunftsperspektive, Lippenbekenntnisse und Politsprech ausgenommen), Grundlage

ist weiterhin eine ‚automobile‘ Ideologie anstatt Stärkung der öffentlichen und nichtautomobilen Verkehre

- Städtebau seit Jahrzehnten und weiterhin wesentlich durch Investoreninteressen bestimmt, Politik ohne Rückgrat und städtebauliche Perspektive, Kommerzialisierung immer weiterer Bereiche des öffentlichen Raumes

- Wohnungsmangel und Verdrängungseffekte in immer neu wiederkehrenden Wellen, obgleich vorhersehbar, ohne eindeutige soziale Orientierung, ohne Gegensteuern bzw. klares politisches Konzept

- Vernachlässigung des stadtbaulichen und architektonischen Erbes der Stadt, weitergeführte Zerstörung bzw. unterlassene Pflege historischer Bauten, öffentlicher Anlagen und stadträumlicher Zusammenhänge

2. Die Stadt hat – trotzdem – auch weiterhin noch ein großes Potenzial an stadträumlichen Qualitäten für ihre Bewohner und Besucher, alleine schon ihrer einmaligen Topografie gedankt. Das erfordert:

- Besinnung auf bereits früher schon in der Stadt gelebte urbane Kontemplationen – abseits von ‚Shopping‘ und ‚Maloche‘ –, mit Aufwertung vernachlässigter städtischer Räume, mit daran angepasster Infrastruktur und sozial offenen, nicht-kommerziellen Räumen

- Neuausrichtung der Gewichte zwischen konkurrierenden Nutzungsanforderungen und privaten bzw. öffentlichen ökonomischen Interessen (Leben der Stadtbewohner / Tourismus / Kulturleben / Wirtschaftsstandort / Verkehrsarten / Natur- und Umweltbelange / ...)

- deutliche Ausweitung für Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements, mit bereitgestellten Etats und sachlich fachlichen Unterstützungen auf unterschiedlichen Ebenen (nicht nur aus der Verwaltung)

3. Angesichts zunehmender politischer und ökonomischer Verwerfungen grundlegender Art erscheint es – auch als Lehre aus der Vergangenheit – wichtig, weniger ein ‚Noch-Mehr-Neues‘ im Blick (und auf der ‚Wunschliste‘) zu haben,

denn ein Sichern, Bewahren und verständiges Weiterentwickeln des (noch) Vorhandenen. Zerstört worden ist genug an stadträumlichen und baulichen Werten, mitsamt dem ihnen innewohnenden Potenzial an tatsächlichen oder möglichen Nutzungen. Hier müsste ein Innehalten ansetzen, ein ‚Moratorium‘ gesetzt werden, um eine weitere Erosion zu verhindern – aktuelle Beispiele dafür sind genügend bekannt (Denkmalschutz als Papiertiger / Ausverkauf und Verfall Villa Berg / Procedere Schützenhaus / ...).

Unbenommen dabei ist das zunehmende Engagement von Einzelpersonen, Initiativen, Bürgervertretern und einzelnen Institutionen, die bereits und seit längerem in diese Richtung arbeiten, aber in ihrem Durchsetzungsvermögen meist sehr eingeschränkt sind.

... dies alles sind zuerst auch nur Schlagworte vor einem idealistisch nur zu denkenden ‚Umbruch‘: entscheidend sind die Haltungen, mit der sie aufgenommen / verarbeitet / umgesetzt werden ... und die Interessen, die auf ihrem ‚Rücken‘ verfochten und durchgesetzt werden: wessen Lobbyismus gilt?

Dietrich Heißenbüttel

Auch nach den verheerenden Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs war und ist das Stuttgarter Stadtbild durch den Abriss von Altbauten – darunter auch Baudenkmale – und Neubebauung einem fortwährenden Veränderungsprozess unterworfen, dessen Intensität in den letzten Jahren mit der Neugestaltung ganzer Areale sogar noch zugenommen hat. Eine Lawine der Erneuerung scheint die historische Substanz und damit auch Landmarken der Erinnerung, Kerne der eigenen Identität unter sich zu begraben, in einem Maß, dass es oft schon nach wenigen Jahren schwerfällt, sich zu entsinnen, wie es an diesem oder jenem Ort vorher einmal aussah. Vier Dokumentarfilme seit der Vorkriegszeit sollten nicht nur der Erinnerung auf die Spur helfen, sondern auch Ursachen, Kontinuitäten, vor allem Fehler in der Stadtentwicklung vor Augen führen. Einiges davon ist auch in anderen Workshops angesprochen worden: etwa die Verkehrspolitik oder der Verzicht der Stadt auf eigene Zielsetzungen zugunsten einer auf finanzielle Vorteile spekulierenden Ausrichtung an den Interessen potenter Investoren. Allerdings konzentrieren sich die

vier gezeigten Filme, wie ein Teilnehmer zu Recht anmerkte, weitgehend auf das Stadtzentrum und Herzstücke der „Marke Stuttgart“. Zu den Stadtteilen und Vororten gäbe es noch ebenso viel zu sagen.

1. Stuttgart, die Großstadt zwischen Wald und Reben. Die Stadt des Auslandsdeutschtums von Walter Ruttmann, 1935

Der erste im Plenum gezeigte Film von Walter Ruttmann, dem Regisseur von „Berlin, Sinfonie einer Großstadt“, gedreht als Werbefilm anlässlich der Ernennung von Stuttgart zu „Stadt des Auslandsdeutschtums“ 1936, sollte vor allem dazu dienen, die Situation vor den Kriegszerstörungen vor Augen zu führen. Während der Film, anhand eines Heimatbesuchs des 22 Jahre zuvor nach Brasilien ausgewanderten Hans Schilling, an erster Stelle die Modernität des in der Zwischenzeit entstandenen neuen Hauptbahnhofs und seines Vorfelds einschließlich weiterer moderner Bauten wie des Tagblattturms hervorhebt, fällt aus heutiger Sicht viel mehr das Alte ins Auge: alles, was nicht mehr existiert. Neben der Altstadt und dem Baden im Neckar unter anderem die Villa Berg: nicht nur das Gebäude selbst, das in der Nachkriegszeit, ausgebrannt aber nicht völlig zerstört, dem Rundfunk übergeben, innen ausgebeint und komplett neu aufgebaut wurde, sondern mehr noch der Park, der sich im Vergleich zum heutigen, völlig verwahrlosten Zustand – ohne Wasser in den Bassins, ohne jeden Blumenschmuck, ohne erkennbare Pflege – damals als reine Oase darstellt.

2. Filmaufnahmen von 1947 und 1956

Die tonlosen Aufnahmen von 1947 und 1956 zeigen das Ausmaß der Kriegszerstörungen, Oberbürgermeister Arnulf Klett bei Inspektionsgängen, die Wohnraumbewirtschaftung, kleingärtnische Aktivitäten auf brachgefallenen Grundstücken sowie schließlich das bereits wiederaufgebaute Gustav-Siegle-Haus, die Leonhardskirche und den neu ummantelten Rathausturm. Es fällt schwer, sich zu orientieren, nicht nur, weil nur wenige erkennbare Gebäudereste stehen geblieben sind, sondern auch, weil von diesen einige – wie prominent das Kronprinzenpalais – heute ebenfalls nicht mehr da sind.

3. Autos oder Fußgänger? Stuttgart und die Geschichte seiner Straßen. Landesschau unterwegs, 2003, von Katharina Prokopy

Ausgehend von der Stadtautobahn B14, der Hauptstättter Straße, die zu Ende des 19. Jahrhunderts und in verschiedenen Etappen von der frühen Nachkriegszeit bis zum heutigen Zustand gezeigt wird, wirft der Film einen kritischen Blick auf die Stuttgarter Verkehrspolitik der Nachkriegszeit. Maßgebliche Stadt- und Verkehrsplaner, Architekten und Denkmalschützer kommen zu Wort. Der Film endet, angesichts kleiner Erfolge von Bürgerinitiativen wie der Verkehrsberuhigung schmaler Rest-Dreiecke zwischen Olga- und Mozartstraße sowie Immenhofer- und Weißenburgstraße, in einem verhaltenen Optimismus, der aus heutiger Sicht verfrüht erscheint.

4. Die kalte Platte. 1958 – 2002. Die Jahre des Kleinen Schlossplatzes Stuttgart, von Whang Chi-Hun, Cem Kaya und Guido Negenborn, 2005.

Dieser hervorragende Film, Abschlussarbeit dreier Studenten der Merz-Akademie, zeigt die Geschichte des Kleinen

Schlossplatzes, mitten im Zentrum der City, die sich als eine Kette von Fehlentscheidungen erweist. Während die drei Architekten des Beton-Bauwerks, Max Bächer, Hans Kammerer und Walter Belz ebenso zu Wort kommen wie der Oberbürgermeister Wolfgang Schuster, der sich persönlich dafür eingesetzt hat, die verfehlte Planung durch ein Kunstmuseum für die Bestände der Städtischen Galerie zu ersetzen, scheuten dessen Architekten Rainer Hascher und Sebastian Jehle die Auseinandersetzung. Johann-Karl Schmidt, der Leiter der Galerie der Stadt Stuttgart, musste dagegen wegen einer unbedachten Äußerung im Abspann des Films – er bezeichnet den Bau als einen „Haufen Scheiße“ – zurücktreten. Aus Sicht der Autoren ist das Problem mit dem Bau des Kunstmuseums jedoch nicht beendet. Den Studenten geht es vor allem um den Aspekt der Verdrängung der Subkultur, die das ungeliebte Stück Stadtlandschaft wiederholt in Besitz genommen hat, damit aber auf Seiten der Stadt auf wenig Gegenliebe stieß.



Resümee

Vieles von dem, was aus der Sichtung der Filme hervorgeht, muss hier nicht wiederholt werden, da es bereits von den anderen Workshops angesprochen wurde: etwa die Probleme der Verkehrspolitik oder einer mangelnden Bürgerbeteiligung. Wenn es einen Moment gibt, an dem sich die Problematik, insbesondere mit Blick auf die weitere Entwicklung und Lehren, die sich aus den Fehlern der Vergangenheit ziehen lassen, exemplarisch zeigt, so ist dies eine Äußerung des seinerzeit verantwortlichen Verkehrsplaners und späteren Technikbürgermeisters Hans-Dieter Künne im Film der Landesschau. Mit Blick auf die Straßenschneisen am Charlottenplatz antwortet Künne auf die selbst gestellte Frage, „Würden Sie das heute noch mal so machen?“: „Wenn ich denn wüsste, was ich in zwanzig Jahren weiß, dann würde ich es versuchen anders zu machen. Aber da ich das damals nicht wusste, ist es leider dann so entstanden.“

Über diesen Punkt müssen wir hinwegkommen. Es kann nicht sein, dass heute immer noch, nach allem, was im Lauf der Jahrzehnte zu Recht kritisiert wurde, weiterhin gravierende Fehler in der Stadtplanung ungerührt fortgeführt werden und die Verantwortlichen in zwanzig Jahren wieder bekennen müssen: Wenn ich gewusst hätte, was ich jetzt weiß ...

Das Feinstaubproblem am Neckartor – und nicht nur dort – führt schlagartig vor Augen, dass ein Verkehrskonzept, das geeignet wäre, Pendler zum Umsteigen vom motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr zu bewegen, fehlt. Um die EU-Feinstaubrichtlinie einzuhalten, müsste der Verkehr auf der B14 – ca. 100.000 Autos pro Tag – halbiert werden. Um diese Erkenntnis drückt sich die Stadtplanung nun schon seit zehn Jahren. Mit einem ertüchtigten Kopfbahnhof oder einer Kombilösung wie vom Büro SMA vorgeschlagen ließe sich immerhin die Kapazität des Schienen-Regionalverkehrs erhöhen. Mit dem vorgesehenen unterirdischen Durchgangsbahnhof nicht. Obwohl bald die Hälfte aller Stuttgarter mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit fährt, hat der Gemeinderat 2013 im Gegenteil entschieden, mit dem Ausbau der Heilbronner Straße und dem Rosensteintunnel noch mehr Autoverkehr in die Innenstadt zu lenken. Während Kopenhagen in seiner Verkehrsplanung Fußgänger und Radfahrer bevorzugt und Helsinki plant, den privaten Autobesitz durch ein modulares System völlig überflüssig zu machen, herrscht in

Stuttgart immer noch die Haltung: alles was dem Autoverkehr nützt, nützt der Stadt. Auch wenn noch so viele Büros rund um den City-Ring leer stehen.

„Die kalte Platte“ wiederum ist auch deshalb ein wichtiger, interessanter Film, weil er Probleme anspricht, zu denen ansonsten seit dem Bau des Kunstmuseums kaum noch Auskünfte zu erhalten sind. Der Museumsbau war keine reine Wohltat des Stadtoberhaupts, wie OB Schuster im Film gern glauben machen will. Vielmehr kamen die Baukosten in Höhe von rund 60 Millionen Euro erst dadurch zusammen, dass die Stadt einerseits ihre Aktienanteile an der NWS – früher Technische Werke der Stadt Stuttgart (TWS) – an die EnBW, zum anderen Grundstücke an private Investoren, in erster Linie das Carrée hinter dem Königsbau an das Hamburger Nobel-Einrichtungshaus Stilwerk verkauft hat.

Dabei wurde nicht nur die frisch renovierte Hauptpost abgerissen, sondern ein weiteres Problem geschaffen. Denn die dritte und vierte Etage des unverhältnismäßig hoch hinter dem Königsbau aufragenden Einkaufstempels bereiteten von Anfang Schwierigkeiten, wie der Investor wohl wusste, der die zwei Geschosse der Stadt für die Stadtbibliothek anbot. Doch die Stadt wollte die Bibliothek unbedingt auf dem A1-Areal des ehemaligen Güterbahnhofs haben, um das Gelände für Investoren attraktiv zu machen. Bereits nach drei Jahren kam es daher in den oberen Etagen der heutigen Königsbau-Passagen zu Leerständen. Bis heute bleibt das Problem ungelöst. Auch der Verkauf der NWS-Aktien hat, wie die Auseinandersetzungen um die neu gegründeten Stadtwerke zeigen, sicher keine Probleme gelöst, sondern bestenfalls verlagert. Der Verkauf von städtischem Besitz, seien es Grundstücke oder städtische Betriebe, an private Unternehmen und Investoren, also große Energiekonzerne oder Akteure auf dem Immobilienmarkt wie Immobilienfonds oder Baugesellschaften, war für Politiker wie Wolfgang Schuster eine bequeme Option, um schnell an viel Geld zu kommen, mit dem sich dann auch Wohltaten wie das Kunstmuseum finanzieren ließen. Die Probleme der Stadtentwicklung lassen sich so nicht lösen. Sie haben im Gegenteil erheblich zugenommen.

Weltweit, nicht nur in Deutschland, klappt die Schere zwischen sehr wenigen Super-Reichen und den sehr vielen Armen immer weiter auseinander. Auf der einen Seite häufen sich unge-

heure Kapitalmengen, die nicht gewinnbringend reinvestiert werden können: nicht nur weil die entwickelten Gesellschaften alles haben, was sie brauchen, sondern auch, weil es bei den Ärmeren an Kaufkraft fehlt. Diese Gelder stecken diejenigen, die sie besitzen – ob es der Milliardär ist oder der Erbe eines bescheidenen Vermögens – gern in Immobilien. Selbst wenn sich die Investition als Fehlschlag entpuppt, was häufiger vorkommt als zumeist angenommen, muss der Investor das Geld nicht ganz abschreiben, sondern behält, im Fall eines geschlossenen Immobilienfonds, in dem die Anteilseigner Besitzer der Immobilie sind, immerhin das Grundstück. Bei offenen Immobilienfonds verhält es sich etwas anders. So hat etwa die Deutsche Gesellschaft für Immobilienfonds (DEGI) mit dem Zeppelinarré über 150 Millionen Euro Verlust gemacht, doch der Fonds wurde 2008 verkauft und die Anleger gucken in die Röhre.

Weltweit suchen die Investoren nach Standorten, die sich aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage als vielversprechend darstellen, ob es sich um Dubai, Baku, chinesische Millionenstädte oder auch um Stuttgart handelt. Entscheidend ist nicht, ob die Shopping Malls, Büros und Luxuswohnungen, die gebaut werden, tatsächlich Gewinn abwerfen, sondern ob es gelingt, Anleger davon zu überzeugen, dass sie dies in Zukunft voraussichtlich einmal tun werden.

Die Folge ist ein enormer Kapitaldruck. Selbst wenn es in Stuttgart bereits viel zu viele Verkaufsflächen gibt, drängen immer neue Interessenten nach. Das Café Scholz am Marktplatz war mit einer Bestuhlung bis weit auf den Platz hinaus meistens so voll, dass es schwer fiel, einen Platz zu finden. Trotzdem ließ es sich, bei einem hohen Preisniveau, offenbar nicht wirtschaftlich betreiben. Dies kann nur an der hohen Miete liegen, und doch findet sich immer noch einer, der mehr zahlen will. Auf diese Weise wachsen die Grundstückspreise ins Unermessliche, in der Innenstadt, aber auch sonst, mit der Folge, dass auch die Mieten ständig steigen und der ärmere Teil der Stadtbevölkerung zunehmend in die wenigen Randbezirke verdrängt wird, die vorläufig noch als „einfache Wohnlage“ gelten. Jeder Sechste im Innenstadtbereich ist bereits überschuldet. Mehrere hundert Mietparteien landen jedes Jahr auf der Straße. Auf einer Tagung der GLS Bank hat der Kabarettist Georg Schramm jüngst von einem „Krieg der Reichen gegen die Armen“ gesprochen.

Diesem Kapitaldruck kann die Stadt mit ihren begrenzten finanziellen Ressourcen nur entgegentreten, wenn sie ihren Gestaltungsspielraum nicht aus der Hand gibt. Städtische Grundstücke zu veräußern, wie in der Vergangenheit oft genug geschehen, ist in diesem Fall das schlimmste, was die Stadt tun kann. Jeder Rückkauf könnte sich aufgrund der gestiegenen Immobilienpreise als unbezahlbar erweisen, wie sich jetzt beispielsweise an der Villa Berg erweist. Im Gegenteil treibt jeder Verkauf die Preisentwicklung weiter voran und verhindert, dass die Stadt mit Grundstücken, die der Verwertung entzogen sind, sozialen Aufgaben im Dienst der Stadtgemeinschaft wie der Bereitstellung von erschwinglichem Wohnraum oder von Räumen für die notorisch unterfinanzierte Kultur nachkommen kann.

Wenn aber schon auf die Gelder von Investoren nicht verzichtet werden kann, dann müsste die Stadt mittels so genannter Konzeptvorgaben die Bedingungen vorgeben, nach denen die Grundstücke und Immobilien vergeben werden oder bebaut werden dürfen: Also etwa einen prozentualen Anteil an kostengünstigen Mietwohnungen festsetzen – hier ist Stuttgart bundesweit Schlusslicht – oder Baugebiete als Wohngebiete ausschreiben, mit Flächen für Kleingewerbe und den lokalen Bedarf. Oder indem Baugebiete nicht blockweise, sondern nur parzellenweise vergeben werden, wie die zuständigen Minister der EU-Staaten 2007 in der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt beschlossen haben. Oder mit geeigneten Maßnahmen, um die Mietpreise stabil zu halten oder Baudenkmäler und Stadtbild prägende Altbauten zu schützen. Die Stadt hat es in der Hand, Regeln vorzugeben. Dass die Investoren deshalb ausbleiben: dafür müsste ein Präzedenzfall erst noch gefunden werden. In München etwa lassen sie sich durch einem vorgeschriebenen hohen Anteil bezahlbarer Wohnungen durchaus nicht abschrecken. Praktiken wie die, dass ein Baubürgermeister ein Gelände am Westbahnhof entgegen einem Gemeinderatsbeschluss an eine Baumarktkette vergibt, oder dass Alibi-Wohnungen für 3000 Euro im Monat und mehr eine weitere überflüssige Shopping Mall legitimieren, müssten dann allerdings aufhören.

open air Veranstaltung am Schillerplatz



Norbert Bongartz

Liebe Kollegen, Freunde, Zaungäste, Mitengagierte gegen das längst entlarvte Unsinnns-Projekt 21 und an einer verbesserten Bau- und Dialogkultur in unserer Stadt interessierte Mitmenschen!

Unsere Tagung im Rathaus: „Stuttgart für alle – wohin entwickelt sich unsere Stadt“ ist zu einem, wie ich finde, guten Ende gekommen. Wir können dankbar auf den Freitagabend und auf den heutigen Tag zurückschauen, für dessen Zustandekommen sich viele, sehr viele ausnahmslos ehrenamtlich tätige Menschen eingebracht haben.

Die Tagung hat uns gezeigt, dass die Planerinnen und Planer mit der Ausgangs-Idee nicht falsch lagen. Was uns alle miteinander verbunden hat, ist das Unbehagen am Zustandekommen vieler Bauentscheidungen, bei denen das vitale Interesse der Stadtbewohner weniger Beachtung findet als die Begehrlichkeit des Geldes.

Wir haben festgestellt, dass es an Visionen für ein gutes gemeinschaftliches Leben mangelt, dass der Kommerz immer einseitiger Platz greift und unsere öffentlichen Platz- und

Straßenräume erobert. Wir werden immer mehr zu Konsum-Menschen degradiert.

Bei der Mehrzahl der Workshops wurde auch, wie kaum anders zu erwarten, S21 kritisch angesprochen und die dahinter stehende Mentalität einer Begehrlichkeit des Geldes geißelt.

Auch wenn das Wort Gegensteuern nirgendwo gefallen ist: Alle Mitdiskutierenden in den 6 angebotenen Workshops der Tagung waren sich darin einig, dass wir da – nicht nur in Stuttgart – gegensteuern müssen.

Hierzu ist ein sehr breit gefächelter Katalog von Hoffnungen, Erwartungen, ja Forderungen an die auf Seiten der Investoren und der Kommune mit Bauleitplanung und mit dem kommunalpolitischen Diskurs befassten Verantwortlichen zusammen gekommen. Dies sollen, in der gebotenen Kürze, einige Beispiele belegen:

- Vor anstehenden, die Zukunft der Stadt erheblich beeinflussenden Entscheidungen sollte der Gemeinderat Kompetenzen abgeben oder sich wenigstens sachkundig machen über die „Risiken und Nebenwirkungen“...
- Der Gemeinderat soll sich mehr engagieren, Visionen und Ziele im Dialog mit motivierten und sachkundigen Bürger(innen) zu entwickeln.
- Allgemein wurde mehr Transparenz vor und bei anstehenden Entscheidungen gefordert.
- Es muss eine neue Kultur des gegenseitigen Gehörs her. Voraussetzung dafür ist ein öffentliches Halbwissen-Geständnis der Entscheider(innen).
- Bei Diskussionen mit Bürger(inne)n soll es keine starren vorher montierten „Leitplanken“ für die Diskutanten geben, eher Leitplanken aus weichem Kunststoff, noch besser weiche, dehnbare Abschränkungs-Bänder.
- Die Bürger sollen nicht als Störenfriede gesehen werden, die Kommunikation mit ihnen soll auf Augenhöhe erfolgen.
- Als Gegengewicht gegen die Macht der Investoren sollten wir es schaffen, einen von vielen Bürgern gezeichneten Immobilienfonds zu schaffen, der sich für sinnvolle Bürgerprojekte einsetzen kann.
- Es soll eine neue Ethik der Mobilität geben, die die Menschen mit eingeschränkter Bewegungsmöglichkeit nicht ausgrenzt.

- Manche überdimensionierten Verkehrsflächen sollen wieder rückgebaut werden.
- Die Dämpfung der rasanten Mietsteigerungen soll durch eine vernünftige Reduzierung des heutigen Normierungsdrucks bei Altbaumodernisierungen und durch eine bessere Handhabung des kommunalpolitischen Instrumentariums zur Verhinderung von Spekulation möglich gemacht werden.
- Es braucht nicht nur neue kommunikative Bewegungsräume sondern (ähnlich wie das segensreich tätige Forum3) auch weitere Begegnungsstätten in der Stadt.

Fast alle diese Vorschläge lassen sich folgendermaßen in einem Satz bündeln: Es ging und geht uns darum, den Menschen als Maßstab für die Entwicklung unserer Stadt wieder zu entdecken.



Joe Bauer

Schönen guten Tag auf dem Schillerplatz, willkommen bei unserem Open Air im schönen Monat Januar.

Meine Damen und Herren, an diesem Ort traut man sich ja kaum etwas zu sagen. Hier auf dem Platz steht der große Schiller und hört zu, wie wir uns abmühen, etwas Wahres über unsere kleine Welt zu sagen, über diese Stadt im Talkessel, in der gewisse Politiker dauernd tun, als sei diese kleine Stadt der Nabel der Welt. Mal der „Motor Deutsch-

lands“, mal das „Herz Europas“. Als man das Denkmal hier am 8. Mai 1839, zum 34. Todestag Friedrich Schillers, aufstellte, demonstrierten 30 000 Bürgerinnen und Bürger ihre Solidarität mit dem toten Dichter. Stuttgart hatte damals 40.000 Einwohner, und wir sehen es mit Gelassenheit: Die Demonstrationsfreude hat etwas nachgelassen. Allerdings wäre es auch keine Lösung, würden wir angesichts unserer von undemokratischem Geist beseelten Herrschenden in dieser Stadt wie der Dichter ausgerechnet nach Mannheim fliehen.

Liebe Gäste, bei einem Symposium im Rathaus, diesem berühmten Ort kreativer Umtriebe, hat man zwei Tage lang das Thema erörtert: „Stuttgart für alle – wohin entwickelt sich unsere Stadt?“ Und jetzt stehe ich hier und gebe Ihnen die Antwort: Ich weiß es nicht, wohin sich diese Stadt entwickelt, und ich weiß es deshalb nicht, weil ich kein Immobilien-Investor bin und den Leuten erzähle, beim Blick auf die Profite könne ich in die Zukunft sehen.

Die Herrschaften, die in dieser Stadt herumbohren und herumbauen, versuchen den Menschen fortwährend vorzumachen, allein ihnen gehöre die Zukunft und deshalb die ganze Stadt. Damit sind wir beim alltäglichen Größenwahn, der sich in diesem kleinen Talkessel mit seinen nicht mal 600 000 Einwohnern seit Jahrzehnten ausbreitet. Unsere Stadt im deutschen Südwesten ist nicht größer als Essen oder Dortmund, sie ist kleiner als Frankfurt, und dennoch müssen die Politiker dauernd so tun, als könnten sie konkurrieren mit München, Berlin, New York. Irgendwie vermisste ich die Warnung der Südstaaten-Amis an alle Möchtegerne: Don't mess with Texas. Leg dich nicht mit Texas an.

Der frühere Oberbürgermeister Schuster glaubte vor einigen Jahren noch, er sei so schlau und könne in den USA die halbe Stadt mit Gewinn verscherbeln. Man nannte diese illegalen Deals mit städtischen Einrichtungen Cross Border Leasing. Der Realitätsverlust, der Hang zur Großmannssucht in dieser Stadt hat simple Ursachen: Die politischen Fortschritts- und Wachstumsapostel in ihrer Rolle als Lobbyisten der Immobilien-Manager labern in der Aussicht auf schnelle Gewinne fortwährend so unverfroren von der Zukunft, dass sie von der Geschichte und vor allem von der Gegenwart dieser Stadt überhaupt nichts mehr mitbekommen. Folgerichtig können sie nicht wissen, wo sie in Wahrheit leben. Nämlich zwischen

Kaltental und Stammheim, zwischen Botnang und Hedelfingen – und nicht in Berlin oder an der Wall Street, wo einige gern wären, könnte man sie dort bloß gebrauchen. Ersatzweise spielen sie in der Provinz Monopoly live auf Kosten der Steuerzahler. Leider fehlt bei dieser Zockerei die wichtigste Monopoly-Spielregel, nämlich der Befehl: „Gehen Sie ins Gefängnis.“

Das eigentliche Problem der Stuttgarter Stadtentwicklung ist seit langem die Ignoranz der Entwickler gegenüber der eigenen Stadt. Seit mehr als zwanzig Jahren verfolge ich halbwegs neugierig die sogenannte Stadtwerbung, also die Luftballons, die man unter dem Stichwort „Image“ steigen lässt. Nie aber habe ich mitbekommen, dass sich mal einer der politischen Verantwortlichen in dieser Stadt auf den Hosenboden gesetzt und gesagt hat: So, wir erstellen jetzt einen Katalog über unsere Ressourcen. Wir sammeln, welche speziellen Dinge dieses Stuttgart zu bieten hat – außer Autofirmen und Automuseen. Wir tragen zusammen, auf welche Besonderheiten, auf welche charakteristischen Eigenschaften diese Stadt stolz sein kann. Wir fangen bei der Karlshöhe an und hören beim Mineralwasser noch lange nicht auf.

Der Stuttgarter Maler Willi Baumeister, mit seiner Kunst schon in den zwanziger Jahren in New York vertreten, schrieb 1929: „Stuttgart gehört zu den schönsten Städten des Kontinents. Im Sommer ist’s im Talkessel heiß wie im Süden. Die Vegetation gedeiht wie im Treibhaus. Der Schlossplatz erinnert an Paris, der Hasenberg an Florenz, der Weißenhof an Algier, dank einer sowohl südlichen als auch radikal modernen Bauweise . . . “ Zitatende.

Nun wissen wir zwar, dass man nach dem Zweiten Weltkrieg im zerstörten Stuttgart einen weiteren Krieg geführt hat, nämlich einen städtebaulichen im alleinigen Interesse der Autoindustrie gegen die Bedürfnisse der Menschen. Und ich kann nicht beurteilen, wie viel Humor bei Baumeisters Liebeserklärung an Stuttgart im Spiel gewesen ist. Klar aber ist: Aus dieser Stadt, aus diesem Hasenberg-Florenz mit seiner topografischen Einzigartigkeit hätte man mit etwas Mut und Fantasie etwas ganz Eigenes machen können.

Es kann mir doch keiner erzählen, dass sich Geld bei der Entwicklung einer Stadt nur mit der Serienproduktion von austauschbarer Hässlichkeit verdienen lässt. Statt städtebauliche Lösungen zu suchen, die den Charakter Stuttgarts betonen, öffnen die Provinzgeister im Rathaus andere Städte nach. Ge-

plagt von ihrem Minderwertigkeitskomplex, suchen sie permanent Anschluss an eine Welt, zu der sie überhaupt nicht gehören. Diese Einfallslosigkeit, diese buchstäbliche Charakterlosigkeit im Umgang mit der eigenen Stadt, zeigt folgendes Beispiel: In der Halle des zerstörten Hauptbahnhofs lesen wir heute die schwachsinnige Marketing-Propaganda: „Faszination Verkehrsprojekt Stuttgart-Ulm.“ Im Jahr 2003 stand ein hässlicher Würfel auf dem Schlossplatz mit der Aufschrift: „Faszination Olympia.“ Damals bewarb sich Stuttgart um die Spiele, und ein Schultes namens Schuster brillierte rhetorisch mit dem Satz: „Paris, London, Moskau, New York – wir kommen!“ Scheiße, dachte ich, jetzt zettelt der Kerl den Dritten Weltkrieg an.

Derselbe Schuster ließ sich einst von einem Gangster den sogenannten Trump-Tower aufschwätzen, einen läppischen Potenzprotz-Bau, den erst die internationale Justiz und Polizei verhinderten. Derselbe Schuster und seine Gefolgschaft waren drauf und dran, auf die dubiosen Pläne von einem Tivoli-Park im Schlossgarten hereinzufallen. Mit dem übelsten Größenwahnprojekt kam er schließlich durch. Mit Stuttgart 21. Dieser Tage habe ich mir auf Youtube noch einmal ein Video mit Bildern aus dem Jahr 1997 angesehen. Es geht um die sogenannte Bürgerbeteiligung im Fall Stuttgart 21. Schon damals hat man uns gelehrt, was die regierenden Rathauspolitiker unter Demokratie verstehen „Diese Bürgerbeteiligung“, herrschte man die mitbestimmungswilligen Gäste der öffentlichen Veranstaltung an, „diese Bürgerbeteiligung hat klare Regeln.“

Von diesen Regeln können etliche Initiativen in dieser Stadt ein Lied singen. Wann immer sie von der Politik um Ideen gebeten wurden, etwa auf dem Hallschlag, durften sie am Ende entscheiden, ob man die Parkbank in ihrem Gentrifizierungs-Viertel grün oder rot anstreicht. Das, meine Damen und Herren, das ist die Demokratie, die sie meinen.

Und dagegen, liebe Freunde, müssen wir uns wehren, auch wenn der neue OB Kuhn, der große Mister Masterplan, gönnerhaft und grün verkündet, die lieben Bürgerinnen und Bürgerinnen dürften etwas zur Gestaltung des Rosensteinviertels beitragen. In Wahrheit, das lehrt uns Stuttgart 21, versucht man uns strategisch einzubinden, Mitsprache vorzutäuschen. Mitentscheiden durfte man bisher allerdings allein bei einer propagandistisch manipulierten Volksabstimmung. Ganz typisch im Fall Rosensteinviertel ist beispielsweise, dass viele Politiker keinen Dunst haben von der Arbeit einer stattli-

chen Zahl international renommierter Künstler im Umfeld der im Viertel gelegenen Wagenhallen. Man müsste stolz sein auf dieses Künstler-Quartier. Hier ist etwas Eigenes gewachsen, so eigen und so wenig austauschbar wie der Neckar, den man in gewissen Rathauskreisen nur als industrielle Wasserstraße kennt, so wie den Stadtentwicklern die Wagenhallen allein als Location für Banker-Partys geläufig sind. Eine Stadt braucht Freiräume.

Meine Damen und Herren, Bürgerbeteiligung ist etwas anderes als ein Sandkastenspiel auf einer grünen Wiese der Stadt. Die Bürger haben definitiv nichts zu sagen, wenn die Investoren diese Stadt vereinnahmen, immer mehr Luxuswohnungen bauen und die Mieten hochtreiben. Die Bürger müssen es ertragen, wenn die Seelenlosigkeit der konfektionierten Investoren-Kästen um sich greift. Schauen Sie sich doch das neue Stuttgart an. Die Glas- und Betonklötze im Europaviertel mit der Stadtbibliothek als kulturellem Alibi-Vehikel. Oder das sogenannte Gerber. Dieser Ausgeburd des Stuttgarter Einkaufskomplexes hat man zur Einbindung der Nachbarschaft einen falschen historischen Flurnamen verpasst, um den Marketing-Schwachsinn der Investoren zu unterstützen. Die werben mit der Floskel „Hier wächst Stuttgart zusammen.“ Sie faseln etwas von einer „Verbindung der südlichen Innenstadt mit der Einkaufsmeile Königstraße“ und prahlen mit einer „urbanen Mischnutzung“, weil es über ihrer Einkaufs- und Fressburg Luxuszimmer mit Aussicht gibt. Dieses Gewäsch entspricht dem Geschwätz der Politiker, die zulassen, dass in Stuttgart, einem von Stadtautobahnen tranchierten Ort ohne Zentrum, ein zentrales Quartier mit Konsumklötzen zugestellt wird. So entsteht keine Stadt für alle. Das ist bedrohliche Politik nach dem Motto: ALLE RAUS AUS DER STADT, DIE NICHT GENÜGENDE GELD HABEN: Eingangs dieser Rede habe ich gesagt, man könne nicht in die Zukunft sehen. In dem Hollywood-Film „Gangster Squad“ spielt Sean Penn den Mobster Mickey Cohen, im Los Angeles der 1940er Jahre. Der Mafioso Cohen – nicht Kuhn – will die ganze Stadt. Als er, größenwahnsinnig und gierig nach mehr und mehr, ein weiteres Hindernis auf seinem Weg nach oben beseitigt hat, sagt er: „Das war kein Mord. Das war Fortschritt. Ich bin Fortschritt.“

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Adieu, Schiller, es geht weiter!



Tagungsrückblick und Ausblick



„Stuttgart für Alle“ – die Tagung war Anspruch, Hoffnung und Forderung zugleich.

„Stuttgart für Alle“ war bewusst auch als „Tagung für Alle“ konzipiert, frei zugänglich für alle interessierten und engagierten Bürgerinnen und Bürger. Über 200 Personen nahmen an den Vorträgen und aktiv an den Workshops teil, ein Ausdruck für das lebhaftes Interesse an der Entwicklung unserer Stadt.

Wie kamen die Themenschwerpunkte zustande? Eine Stadt von der Größe Stuttgarts beinhaltet sehr viele städtebauliche Themen, zumal wir in Stuttgart auf keine gewachsene Tradition einer öffentlichen Diskussion über Städtebau zurück blicken können. Wir hatten im Vorfeld länger diskutiert, ob wir das Thema Rosensteinquartier aufgreifen sollten. Wir entschieden uns aber dagegen, weil wir keine Teilgebiete sondern übergeordnete Themen der Gesamtstadt aufgreifen wollten und weil noch unklar ist, ob das Gebiet wegen der noch benötigten Gleise in seiner derzeitigen Gestalt überhaupt jemals überplant werden kann. Selbst wenn die Gleise entfielen, wäre dies frühestens in zehn Jahren ab 2025 zu erwarten. Zudem war dieses Gebiet bereits Teil der sogenannten „offenen Bürgerbeteili-

gung“ von 1997 und erneut initiiert durch den früheren OB Dr. Schuster Thema einer weiteren BürgerInnenbeteiligung explizit zum Rosensteinquartier.

Das Thema „BürgerInnen-Beteiligung“ in all seinen Facetten wurde wegen seiner Brisanz und Aktualität in 3 Workshops von verschiedenen Seiten beleuchtet, da wir beobachten, wie sich hinter dem griffigen Label „Bürgerbeteiligung“ manche „Mogelpackung“ verbirgt. So wird beispielsweise auch die Teilnahme an der Wunschliste zum Bürgerhaushalt als Bürgerbeteiligung bezeichnet, stellt aber nur ein unverbindliches Sammeln von Wünschen aus der Bevölkerung dar. Wünsche, die von einer größeren Lobby-Gruppe gepusht werden, stehen dann auf den vordersten Plätzen.

Hier ist ein ehrliches und transparentes Vorgehen von Seiten der Verwaltung und den Initiatoren von Bürgerbeteiligungsverfahren notwendig mit klaren Spielregeln und ein Anerkennen gegenseitiger Kompetenz und Interessenslagen auf Augenhöhe. Beteiligung ist Bürger-Innen-Recht Die Akteurinnen und Akteure aus der Politik sind aufgefordert stufenweise entwickelte Planungen vorzulegen in denen der Sachverstand, Anregungen und Bedenken der BürgerInnen berücksichtigt werden. Nur so können Sie Unterstützung bei Entscheidungen und Rückendeckung der Betroffenen für die anstehenden Verfahren erhalten. Da politische Parteien nur einen sehr kleinen Teil der Bevölkerung repräsentieren (1,6% der Bevölkerung sind in Parteien organisiert, Stand Dez. 2013 Quelle: Statista 2015) und eine Wahlbeteiligung von ca. 60% je nach Wahl, würde durch eine Verbreiterung der Entscheidungsbasis auch die demokratische Legitimierung wachsen.

Die Stadt Stuttgart könnte sich glücklich schätzen, dass durch bürgerliches Engagement wie z.B. die Projekte: „Lern- und Gedenkort Hotel Silber“, wie „occupy Villa Berg“ oder die „Wagenhallen“ der Abriss von wertvoller geschichtsträchtiger Bausubstanz verhindert wurde und für das „Gedächtnis und die Verstrickungen der Stadt wichtige Inhalte erforscht und zugänglich gemacht werden. Verantwortungsvoll und mit viel Fantasie geben BürgerInnen neue Impulse für die Stadt – die auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten wichtige „weiche Standortfaktoren“ darstellen. Diese gilt es zu fördern und auszubauen, um Städte unverwechselbar zu machen und die

Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt zu stärken.

Verantwortung zu übernehmen kann aber auch heißen, Geld in die Hand zu nehmen und – anstelle in anonyme Fonds und Aktien zu investieren – für Stuttgart wichtige Schlüsselprojekte zu ermöglichen, sei es durch Wettbewerbe zur Ideenfindung oder konkrete Bauprojekte. Vergleichbar mit der städtischen Unterstützung bei der Entstehung von Baugruppen in Freiburg und Tübingen könnte die Stadt hier tätig werden. Investoren aus China oder anderen entfernten Ländern werden sicherlich weniger das Wohl der Stadt als ihre Rendite im Fokus haben.

Je größer die Identifikation der Bevölkerung mit Stuttgart ist, desto größer ist auch die Sorgfalt für die Stadt und die Zufriedenheit.

Durch die zunehmend prekäre Stau- und Feinstaub-Situation durch den Automobil-Verkehr, daran ändern E-Autos wenig, sind grundsätzlichere Ansätze erforderlich. Leider konnte kein Vertreter der SSB als wichtigem Akteur für den Workshop-D „Urbanität und Mobilität“ gewonnen werden. Ausgangspunkt muss die Qualität der Stadt, der Außenräume, der Wohn-Lebenssituation sein, eine urbane Stadt. Mobilität muss als Gesamtsystem verstanden werden mit integralem Takt-Verkehr, nicht nur innerhalb von Stuttgart sondern in die Region hinein, vernetzt in Baden-Württemberg und der gesamten Bundesrepublik. Weil dies durch den reduzierten Tiefbahnhof nicht mehr möglich ist, wird unter anderem die Diskussion über Stuttgart 21 mit so viel Leidenschaft geführt. Im Workshop-D wurden einzelne Lösungsansätze und Maßnahmen in ihrer Vernetztheit angesprochen.

Das Thema Wohnungsbau, das viele Menschen umtreibt, weil sie immer weniger bezahlbaren Wohnraum finden, war Thema im Workshop-E. Hier wurde deutlich, dass es sich nicht zuletzt um strukturelle Probleme handelt, die sich zyklisch wiederholen, weil eine grundsätzliche Herangehensweise bisher nicht erfolgt ist. Zwar ist die Stadt Stuttgart hier nicht Hauptakteurin, Entscheidungen, einen großen Anteil von städtischen Wohnungen an private Investoren zu veräußern (z.B. Patrizia) verkleinert die eigenen Handlungsmöglichkeiten gerade im niedrigeren Preissegment erheblich. Städtische Grundstücke, das Tafelsilber der Stadt, sollte nicht mehr an In-

vestoren verkauft sondern in Erbpacht vergeben werden, um auch nachfolgenden Generationen noch Planungs-Spielräume zu lassen. Forderungen nach Änderungen der Stellplatzverordnung wie z.B. in Hamburg, Änderungen im Baurecht, nicht immer weiter hochgeschraubte Auflagen, die das Bauen von Jahr zu Jahr verteuern sollten politisch umgesetzt werden.

Was am Beispiel Patrizia im Bezug auf den Wohnungsbau passiert ist, geschieht immer mehr auch im städtischen Außenraum. Öffentliche Plätze wie der Schlossplatz werden immer häufiger an Firmen vermietet und sind nur gegen Entgelt/Konsum oder gar nicht mehr betretbar. So werden Menschen, die nicht in der Lage oder Willens sind zu konsumieren, ausgegrenzt. Ansätze zur Rückeroberung des öffentlichen Raumes wie z.B. durch das „urban gardening“ sind kleine Bausteine. Im öffentlichen Raum spiegelt sich das Demokratie-Verständnis einer Gesellschaft und die Widerständigkeit ihrer Bevölkerung. Stuttgart ist wach – trotz aller Fehlentwicklungen und glücklicherweise gibt es noch viel zu verteidigen – darauf sollten wir stolz sein und die Widerständigkeit Wert schätzen und unterstützen!



ReferentInnen

Podiumsdiskussion

Muhterem Aras	
1978	aus Anatolien mit Eltern + Geschwistern Studium Wirtschaftswissenschaften an Uni Hohenheim
1999	Gründung Steuerberatungsbüro in Stuttgart
1992	Eintritt in Partei „Die Grünen“
1999 - 2011	Fraktionsvorsitzende der Partei
2011	Direktmandat bei Landtagswahl BaWü

Prof. Ansgar Lamott	
1978 - 1985	Architekturstudium Uni Stuttgart, Diplom
1985 - 1989	Mitarbeit in verschiedenen Büros
1989 - 1992	Lehrauftrag Uni Stuttgart für Baukonst.
seit 1989	eigenes Büro mit Caterina Lamott in Stuttgart, Athen und Landau
1994 - 1996	Lehraufträge Uni Stuttgart + FH Biberach
seit 1998	Mitglied im Bund Dt. Architekten BDA
seit 2000	Professur Hochschule Darmstadt h_da

Andrea Léonetti	
Ausbildung	Schauspiel in Stuttgart, erste Festengagements
ab 1988 Paris	15 Jahre Theater,Film- und Fernsehproduktionen
ab 2003 Stgt.	Gründung von „Lokstoff“ Künstlerische Leitung + Mitspiel
2014	Gründung des spartenübergreifenden Kollektivs “Citizen.KANE.Kollektiv“
seit 2011	Bezirksbeirätin im Bezirksbeirat Mitte
seit 2014	„Sachkundige Bürgerin“ für die Freie Tanz- und Theaterszene

Odile Laufner	
	Architekturstudium an TU Stuttgart, 1978 Gründung des Frauenkulturzentrums Café SARAH
1984 -1985	Lehrauftrag Institut für Baukonstruktion TU Stuttgart
seit 1987	eigenes Büro

seit 1989	Bürogemeinschaft mit Dipl.-Ing. Monika Ernst im Architekturbüro Laufner + Ernst Lehrauftrag TU München, Thema: „Gender in Architektur+Stadtplanung“ Lehrauftrag FH Frankfurt f. Städtebau
1997 - 1998	Forschungsauftrag des Sozialmini- steriums BW. zum Wohnungsbau und Veröffentlichung „Wohnungsbau von Architektinnen,“ München

Dr. Susanne Lüdtk	
1968 - 1976	Studium Germanistik, Kunstgeschichte + Philosophie in Wien und Berlin
1976 - 1990	Arbeit als Journalistin, vorwiegend für den SDR
1990 - 2000	Frauenbeauftragte der Stadt Stuttgart
2000 - 2010	Eigene Galerie in Esslingen
2010 - heute	freie Tätigkeit, vorwiegend in den Bereichen Literatur und Kunst

Cord Soehlke	
	Architekt, arbeitet nach dem Studium zunächst als Journalist für die Tübinger Südstadtentwicklung mit dem französischen Viertel, dem Loret- to und anderen Quartieren tätig.
seit 1997	Übernahme der Projektleitung
2001	Geschäftsführung und Aufbau der
2004	Tübinger Grundstücksentwicklung WIT mit Projekten wie dem Mühlenviertel und der Alten Weberei
seit 2010	Baubürgermeister von Tübingen Schwerpunkte seiner Vorträge, Publika- tionen und Beratungen für andere Kommunen sind kleinteilige Stadtentwick- lung, Baugemeinschaften und Innenent- wicklung

Uwe Stuckenbrock	
1969 - 1970	Physikstudium Uni Freiburg
1970 - 1976	Architektur- und Städtebaustudium Uni Stuttgart
1977 - 1979	Städtebaureferendar RP Freiburg
1979 - 2012	Stadtplanugsamt Stuttgart Sachgebietsleiter Flächennutzungsplan Sachgebietsleiter Stadtbezirksplanung: S-Feuerbach, S-Weilimdorf,

Workshop A:
Stadtentwicklung + Bürgerbeteiligung

Ute Kinn, Lic.rer.reg.	
	Diplom Biologin, Regionalplanerin, Mediatorin Büroinhaberin GRIPS, Mitglied der Mediations-Allianz Baden- Württemberg. Seit 15 Jahren erfolgreich im Bereich Bürger- beteiligung im Auftrag von Kommunen und Gemeinden, Wis- senschaft und Verbänden.

Dr. Annette Ohme-Reinicke	
	lebt seit über 10 Jahren in Stuttgart
	Studium der Politologie und Soziologie in Frankfurt am Main, Promotion zur Dr. phil.
	Sie forscht und publiziert zum Thema soziale Bewegungen und technische Modernisierungen sowie zu Fragen der po- litischen Theoriebildung, u.a. beschäftigt sie sich mit dem Verhältnis sozialer Bewegungen und Stadtentwicklungen am Beispiel „Stuttgart 21“
	Lehrbeauftragte im Rahmen des Ethisch-philosophischen Grundlagenstudiums an der Universität Stuttgart

Hannes Rockenbauch	
	Dipl.-Ing. Architektur und Stadtplanung
	Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Grundlagen der Planung, Fakultät Architektur und Stadtplanung, Universität Stuttgart
2001 - 2004	Studium Physik und Philosophie, Universi- tät Stuttgart, Physik Vordiplom
2004 - 2011	Studium Architektur und Stadtplanung, Universität Stuttgart
seit 2004	Stadtrat für das parteifreie Bündnis SÖS

seit 2007	Mitglied im Aktionsbündnis gegen S21
2009	Fraktionsvorsitzender der Fraktionsge- meinschaft SÖS/Linke im Gemeinderat Stuttgart

Workshop B:
BürgerInnenprojekte

Elke Banabak	
Studium	Bildhauerei an der Freien Kunsthochschule Nürtingen
Studium	Architektur an der Uni Stuttgart, Dipl.-Ing.
Mitglied	im Mauthausen Komitee Stuttgart e.V.
Gründungsmitglied der Initiative:	Lern- und Gedenkort Hotel Silber e.V. Stellvertretende Vorsitzende des Vereins

Christian Dosch	
Studium	„Audiovisuelle Medien‘ an der Hochschule der Medien Stuttgart
Arbeit	als Filmschaffender
Sachkundiger	Bürger im Ausschuss für Kultur + Medien,
Begleitung	des Prozesses „Kultur im Dialog“ Auseinandersetzung mit kulturellen Räu- men in Stuttgart
Mit-Initiator	von „Geschichte trifft Zukunft - Occupy Villa Berg“ und der Initiative für das Garnisonsschützenhaus

Harald Stinge	
Psychologe	und Pädagoge Schwerpunkt Erwachsenenbildung,
in Stuttgart-Ost	langjährige Stadtteilkulturarbeit
Mitgründer	und Koordinator der Stuttgarter Stolperstein Initiativen,
Herausgeber	des Buches „Stuttgarter Stolpersteine – Spuren vergessener Nachbarn“, der Bücher „Stuttgarter NS-Täter“ und „Zehn Jahre Stolpersteine für Stuttgart“
Mitautor	Mitarbeit in der Hotel Silber Initiative,
seit 2009	Vorsitzender des Vereins Initiative Lern-
seit 2012	und Gedenkort Hotel Silber e.V.

Sylvia Winkler, Stephan Köperl	
	Studium an der Akademie der bildenden Künste in Stuttgart
Seit 1997	Arbeit an gemeinsamen Projekten Schwerpunkte der Arbeit: Staatspolitische Recherchen über spez. Bauprojekte in Bukarest und Seoul, sowie das Polit. System in Indonesien, was zu unterschiedlichen künstlerischen Interventionen führte
weltweit tätig	in Belfast, Chengdu, Neu Delhi, Kairo, Kalkutta, Mexiko-City, Montreal, Paris
Atelier	Wagenhallen Stuttgart, Mitglieder im Kunstverein-Wagenhalle e.V.

Workshop C: BürgerInnen gestalten ihre Stadt

Peter Conradi	
1953 - 1961	Architekturstudium TH Stuttgart
1961	Diplom-Ingenieur
1963	Regierungsbaumeister
1969 - 1972	Leiter des Staatl. Hochbauamtes1, Stgt.
1972 - 1998	Mitglied des Bundestags (SPD) Themen u.a. Wohnungs-/Städtebau, Parlamentsbauten in Bonn + Berlin
1999 - 2004	Präsident der Bundesarchitektenkammer
Dimo Haith	
1972 - 1979	Studium Uni Stuttgart Abschluss Dipl.-Ing. (Städtebau)
bis 1987	Projektleiter in verschiedenen Stuttgarter Architekturbüros
bis 2012	Freier Architekt u.a. in der ArchitektenCooperative - Projekte u.a. Theaterhaus Stuttgart-Wangen ehem. Nudelfabrik Rohracker ehem. Schnapsfabrik Weißenburgstraße
z.Zt.	Kulturnbahnhof Heidelberg Gründungs- und ehrenamtl. Vorstand der pro-Wohngenossenschaft in Stuttgart

Wilfried Münch	
	Bankkaufmann und Bankfachwirt
	Studium Sozialpädagogik
	Nach langjähriger Führungstätigkeit bei einer großen deutschen Bank Wechsel in das „Sozial-Banking“
ab 2007	Filialleitung - heute Regionalleitung - der GLS Bank Stuttgart, der ersten sozial-ökologischen Universalbank weltweit

Detlev Siebeck	
1984	Diplom der Volkswirtschaftslehre nach Studium in Bonn und Bielefeld,
1985 - 1991	bei einer internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Deutschland und Italien
1991	selbstständ. Steuerberater in München
seit 1992	selbstständ. Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Stuttgart,
Schwerpunkt	Prüfung und Beratung gemeinnütziger + gemeinwohlorientierter Initiativen und Unternehmen

Workshop D: Urbanität und Mobilität

Christoph Link	
	Freier Verkehrsplaner
	Vorsitzender des Verkehrsclub Deutschland VCD
	Kreisverband Stuttgart e.V.
	Arbeitsschwerpunkt: stadtverträgliche, nachhaltige Mobilität, die vollständig auf regenerativer Energie basiert.
	Lehrauftrag für „Nachhaltige Mobilität“ an der Hochschule für Wirtschaft + Umwelt Nürtingen

Jan Lutz	
Studium seit 2007	Kommunikationsdesign – Diplom selbstständig, öko-technologisch orientiertes Büro für Gestalten.
2008	European Design Award in Stockholm
2011 + 2012	Projektförderung für das Fahrradprojekt Carl vs. Karl

Prof. Roland Ostertag	
1951 - 1956	Studium Architektur an der Technischen Hochschule Stuttgart
seit 1957	freiberuflich in Stuttgart tätig
1970 - 1998	Ordinarius für Gebäudelehre und Entwerfen an der Technischen Universität Braunschweig
1993 - 1996	Präsident der Bundesarchitektenkammer und Gastprofessor an der Technischen Universität Wien

Workshop E: Wohnungsknappheit + steigende Mieten

Dr. Ruth Becker + Thomas Wolf

Prof_in Dr. Ruth Becker	
1969 - 1980	wissenschaftliche Assistentin im Institut für Städtebau und am Institut für Bauökonomie an der TU Stuttgart,
1980 - 1993	freiberufliche Tätigkeit sowie Vertretungsprofessuren und Lehraufträge, Promotion und Habilitation an der Universität Kassel, Fachbereich Stadtplanung, Landschaftsplanung
1993 - 2009	Professorin für Frauenforschung und Wohnungswesen in der Raumplanung der Universität Dortmund, zahlreiche Veröffentlichungen zu Wohnungspolitik, Wohnungswirtschaft und Sozialem Wohnungsbau, umfangreicher Leitfaden und Dokumentation zu Frauenwohnprojekten

Dipl. Kfm Thomas Wolf	
	Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Uni Mannheim
	Steuerberater und Wirtschaftsprüfer
	20-jährige Tätigkeit als WP/StB in der Bank- und Wohnungsbaubranche
	Vorstandssprecher des Bau- und WohnungsVerein Stuttgart, gegründet 1866, das älteste Stuttgarter Wohnungsunternehmen als stiftungsähnliches Unternehmen mit rd. 4650 Mietwohnungen (davon noch ca. 950 Sozialwohnungen) in der Landeshauptstadt Stuttgart.

Workshop F: Privatisierung des Öffentlichen Raums

Moritz Bellers	
2002 - 2008	Studium der Landschafts- und Freiraumplanung sowie der Landschaftsarchitektur an den Universitäten Hannover und Wageningen, Niederlande
2009 - 2011	Mitarbeiter im Büro Urbane Gestalt, Landschaftsarchitekten, Köln
seit 2010	wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Landschaftsplanung und Ökologie, Universität Stuttgart
seit 2011	Mitglied in der Forschungsgruppe Baubotanik (IGMA), Universität Stuttgart
seit 2013	aktiv im STUDIO URBANE LANDSCHAFTEN, einem transdisziplinären Netzwerk für die Arbeit an der Wahrnehmung, Gestaltung und Planung urbaner Landschaften

Prof_in Dr. Yvonne Doderer	
ist freie Architektin und Stadtforscherin, betreibt das „Büro für transdisziplinäre Forschung und Kulturproduktion“ in Stuttgart und ist Professor_in für Gender & Cultural Studies an der Hochschule Düsseldorf	

Veronika Kienzle	
lebt seit 34 Jahren in Stuttgart, Ausbildung am „Eurythmeum Stuttgart“, danach Mitarbeit bei den Berliner Festspielen, der Freien Volksbühne in Berlin und im Stuttgarter Theaterhaus, Engagement und angestellte Tätigkeit in der Flüchtlingsarbeit, Initiatorin von Kulturprojekten u.a. in der Stiftung Geißstraße 7	

1997 - 1999	Stadträtin Bündnis 90/Die Grünen
seit 2004	ehrenamtliche Bezirksvorsteherin von Stuttgart Mitte
seit 2013	Referentin der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Baden-Württemberg

Workshop G: Dokumentarfilmkabinett Stuttgart - Impressionen seit den 30er Jahren

Dr. Dietrich Heißenbüttel

Kunsthistoriker und Journalist, Lehrbeauftragter des Instituts für Kunstgeschichte der Universität Stuttgart, Herausgeber des Buchs „Kunst in Stuttgart. Epochen, Persönlichkeiten, Tendenzen“, zahlreiche Beiträge zur Stadtentwicklung u.a. für die Stuttgarter Zeitung und die Kontext Wochenzeitung.

Dr. Thomas Schloz

1972 - 1979	Architekturstudium an der Universität Stuttgart
1979 - 1983	Studium Empirische Kulturwissenschaften (Tübingen), Thematik: Alltagskultur und dingliche Lebenswelt Promotion zum Dr.rer.pol 2000 (Tübingen)
1972 - 2014	ständiger Mitarbeiter für Bedarfs- und Nutzungsplanung, Projektsteuerung in einem Stuttgarter Planungsbüro

Mitwirkende + Beteiligte

Vorbereitungsteam Symposium, Betreuung Workshops ArchitektInnen für K21

Dipl.-Ing. Angelika Asseburg
Dr. Norbert Bongartz
Dipl.-Ing. Peter Dübbers
Dipl.-Ing. Odile Laufner
Dipl.-Ing. (FH) Ines Wiedemann

Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21

Dr. Werner Sauerborn

SÖS I LINKE I Plus

Dipl.-Ing. Hannes Rockenbauch

Redaktionsteam Dokumentation ArchitektInnen für K21

Dipl.-Ing. Angelika Asseburg
Dipl.-Ing. Claudia Betke
Dr. Norbert Bongartz
Dipl.-Ing. Odile Laufner
Dipl.-Ing. Eberhard Scholz
Dipl.-Ing. (FH) Ines Wiedemann

Gestaltung Dokumentation, Layout + Satz

Dipl.-Ing. (FH) Florian Kirsten
Dipl.-Ing. (FH) Ines Wiedemann

Open-Air-Veranstaltung

Dr. Norbert Bongartz
Joe Bauer
Akademische Betriebskapelle
Capella Rebella
Die Elf

Bildnachweis

Ulli Fetzer
Wolfgang Rüter
Dipl.-Ing. Eberhard Scholz